

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Entwurf eines Gewerbe-Gesetzes für das Großherzogthum Baden

Karlsruhe, 1861

Beilagen

[urn:nbn:de:bsz:31-15801](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-15801)

Handels-Ministerium.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1860.

Die Bearbeitung eines Gewerbegesetzes für das Großherzogthum betr.

Wir sind damit beschäftigt, den Entwurf eines Gewerbegesetzes auszuarbeiten.

Dieser Gegenstand greift tief in die Existenz und Wohlfahrt einer der zahlreichsten Klassen der Staatsangehörigen wie nicht minder in jene der Gemeinden ein, und bedarf einer um so vorsichtigeren Prüfung, als noch immer nicht nur in der Theorie die Frage, auf welchen Grundsätzen die Gewerbegesetzgebung beruhen soll, eine bestrittene ist, sondern auch die in den Kreisen der Gewerbetreibenden darüber herrschenden Ansichten und Wünsche weit aus einander gehen und mitunter desto lebhafter verfochten werden, je schroffer die einschlägigen Interessen sich entgegenstehen.

Das Gesetz soll ohne Rücksicht auf vorgefaßte Meinungen den Verhältnissen und wirklichen Bedürfnissen unseres Landes entsprechen. Um hierin möglichst vollständige Aufklärung zu erlangen, haben wir vor Allem für nöthig erkannt, die Ansichten der Gewerbetreibenden selbst, als der vorzugsweise Betheiligten, zu vernehmen.

Zu diesem Zwecke haben wir die Hauptfragen, worüber sich die Organe derselben auszusprechen hätten, in den nachfolgenden Blättern zusammengestellt, und einer jeden einzelnen Hauptfrage eine nähere Erläuterung ihrer Bedeutung, sowie eine Darstellung der Gründe und Gegengründe beigelegt, welche heutzutage im Allgemeinen für die eine oder die andere Art der Lösung geltend gemacht zu werden pflegen. Dabei haben wir, um dem materiellen Ergebniss der Vorerhebungen in keiner Weise vorzugreifen, diese Erörterungen absichtlich ganz allgemein und objectiv gehalten, und es vermieden, eigene Ansichten aufzustellen. Die begutachtenden Organe sind aber durch jene Beigabe der Mühe überhoben, die nämlichen allgemeinen Gründe in ausführlicher Weise ebenfalls vorzubringen; es wird genügen, wenn nebst einer bündigen Beantwortung der einzelnen Fragen auf jene allgemeinen Gründe, wo sie Bezug haben und soweit sie angenommen werden, kurz verwiesen wird, und nur diejenigen weiteren Gründe eine besondere Entwicklung erhalten, welche außerdem in Erwägung genommen werden sollen.

Obgleich, wie kaum hervorgehoben zu werden braucht, diesen Vorerhebungen keineswegs die Bedeutung einer für sich maßgebenden Abstimmung und Beschlußfassung beigelegt werden kann, so erscheint es doch angemessen, daß zur Beantwortung jeder einzelnen Frage ausdrücklich angegeben wird, ob für solche alle oder nur eine Mehrheit von Stimmen sich ausgesprochen, und letzteren Falles, worin die Ansicht der Minderheit bestehe und von welchen Gründen sie geleitet werde.

Es ergeht nun mit Gegenwärtigem

- I. an jede der im Großherzogthum bestehenden Handelskammern für sich, ebenso
- II. an jeden Gewerbeverein die Aufforderung, die nachfolgenden Fragen in einem unmittelbar hieher zu erstattenden Vortrag zu beantworten, dessen Einsendung wir, um in der Ausarbeitung und weiteren Behandlung des Gesetzentwurfes nicht aufgehalten zu werden, innerhalb längstens 4 Wochen entgegen sehen.

Für jeden Verein ist eine Mehrzahl von Exemplaren dieses Erlasses angeschossen, damit wenigstens ein größerer Theil seiner Mitglieder schon vor der förmlichen Verathung sich mit dem vorliegenden Gegenstand näher befassen könne. Sollte sich ein mäßiger weiterer Bedarf ergeben, so ist sich hierwegen unmittelbar an die diesseitige Expeiditur zu wenden.

III. Gleichzeitig erhält andurch jedes großh. Bezirksamt den Auftrag, aus jeder in seinem Bezirk vorhandenen Zunft oder Innung den ersten, bei dessen Verhinderung den zweiten Obermeister zu einer von dem großh. Amtsvorstände zu leitenden gemeinschaftlichen Verathung über die anliegenden Fragen zu berufen, zu dieser Versammlung außer den genannten Obermeistern der Innungen eine Anzahl sonstiger, der vorliegenden Aufgabe gewachsener achtbarer Gewerbsleute aus dem Amtsbezirk einzuladen, und das Ergebnis der Verathung nach den oben gegebenen allgemeinen Andeutungen protokollarisch festzustellen.

Dabei wird bemerkt:

1) Die Bestimmung der Anzahl derjenigen Gewerbsleute, welche außer den Obermeistern der Zünfte zu dieser Versammlung einzuladen sind, bleibt dem großh. Bezirksamt überlassen. In keinem Fall soll jene Anzahl diejenige der im Bezirke bestehenden Zünfte übersteigen; überhaupt soll die ganze Versammlung dadurch nicht so groß werden, daß eine geordnete Verathung erschwert würde.

2) Besteht im Bezirk ein Gewerbeverein, so sind die Gewerbsleute, welche außer den Obermeistern zur Theilnahme an der Verathung eingeladen werden sollen, ausschließlich der Klasse der zünftigen Gewerbetreibenden zu entnehmen.

3) Besteht aber im Bezirk kein Gewerbeverein, so ist das großh. Bezirksamt in der Wahl dieser weiteren Theilnehmer aus allen Klassen der Gewerbetreibenden, zünftigen und nicht zünftigen, Handwerkern, Kaufleuten und Fabrikanten nicht beschränkt.

4) Als bald nach Einkunft dieses Erlasses sind die erforderlichen Anordnungen zur Abhaltung der Versammlung zu treffen, und ist zugleich Jedem, der hierzu geladen wird, eines der hier weiter angeschlossenen Exemplare dieses Erlasses zutommen zu lassen, damit dieselben schon vor ihrem Zusammentritt sich mit dem Gegenstand näher vertraut machen und für ihre Aufgabe vorbereiten können.

Wir dürfen erwarten, daß die Herren Amtsvorstände bei Leitung dieser Versammlungen und bei der Abfassung der Protokolle jeder Meinung zu ihrem berechtigten Ausdruck verhelfen, sich selbst aber dabei jeder eigenen Ansichtäußerung oder sonstigen Einwirkung auf das Materielle der Entschlüsse enthalten werden, da es uns hauptsächlich darauf ankommt, die wahren Ansichten der Geladenen kennen zu lernen.

IV. Wegen des Einflusses, welchen das Gewerbegesetz auf die Verhältnisse der Gemeinden ausüben wird, haben wir ferner für nöthig erachtet, in jedem Amtsbezirk außer der Gemeindebehörde des Amtssitzes diejenige eines größeren Landortes und, wo im Amtsbezirk außer der Amtstadt noch eine oder die andere Stadtgemeinde mit beachtenswerthen gewerblichen Verhältnissen besteht, auch die dortige Gemeindebehörde über die aufgestellten Fragen zum Gutachten zu ziehen.

Die besfallige Aufforderung ist durch die großh. Bezirksämter, welchen die Wahl unter den dazu geeigneten Gemeinden überlassen wird, als bald vorzunehmen. Sie ist an die betreffenden Gemeinderäthe zu richten, wobei von den hier weiter angeschlossenen Exemplaren des gegenwärtigen Erlasses jedem eine entsprechende Anzahl zur Vertheilung unter seine Mitglieder zuzustellen ist.

Die Gemeinderäthe haben das Ergebniß ihrer kollegialen Verathung in der oben bemerkten Weise festzustellen und unverweilt großh. Bezirksamt vorzulegen.

Letzteres wird dafür Sorge tragen, daß diese Gutachten der Gemeindebehörden mit dem Protokolle über die von ihm geleitete Verathung der Gewerbtreibenden binnen längstens 6 Wochen dahier zur Vorlage gelangen.

Mit dieser Vorlage hat dasselbe alsdann seine eigene Ansichtäußerung in eingehender Weise zu verbinden.

Wegen eines etwaigen größeren Bedarfes an Exemplaren gegenwärtigen Erlasses ist sich unmittelbar an die diesseitige Exeditur zu wenden.

V. Die großh. Kreisregierungen werden hievon mit dem Auftrag in Kenntniß gesetzt, über die aufgestellten Fragen sich gleichfalls, und zwar binnen längstens 4 Wochen, gutachtlich anher zu äußern.

Weizel.

Flad.

I.

Verlangen die Verhältnisse des Großherzogthums eine Gewerbegesetzgebung, welche auf dem Grundsatz der Gewerbefreiheit beruht, oder entspricht denselben vielmehr eine geschliche Reform des Kunstwesens?

Ueber die Nothwendigkeit einer neuen Gewerbegesetzgebung für das Großherzogthum herrscht in allen theilhaftigen Kreisen kein Zweifel mehr. Während aber von der einen Seite immer dringender und lauter das Verlangen gestellt wird, bei dieser neuen Gesetzgebung von dem Grundsatz der Gewerbefreiheit auszugehen, und hier nur über das Maß der zu gewährenden Freiheiten verschiedene Ansichten herrschen, besteht noch immer bei vielen Meistern der bermalen künftigen Gewerbe — und es sind dies die meisten und gerade unentbehrlichsten Gewerbe — die lebhafteste Befürchtung, daß durch die mit dem System der Gewerbefreiheit hereinbrechende größere Concurrenz ihr und ihrer Familien Nahrungsstand schwer gefährdet werde. Aus dieser Klasse der Gewerbetreibenden, welche wenigstens in den Städten ihrer Mehrzahl nach lediglich vom Ertrag ihres Geschäftes leben, und welche als ein wichtiger Bestandtheil der Bürgerschaften nicht allein um ihrer selbst, sondern auch um des Interesses der Gemeinden und des Staates willen in ihrer Wohlfahrt und Selbstständigkeit nicht gestört, sondern darin erhalten und gestärkt werden sollen, ist bis auf die Gegenwart immer wieder von Neuem selbst die Klage erhoben worden, daß sie durch die schon bisher zu Gunsten der großen Industrie und des Handels zugelassenen Befreiungen vom Kunstzwang erdrückt würden und nur dann wieder gedeihen könnten, wenn derselbe in aller Strenge gehandhabt und namentlich auch den Fabrikanten und Kaufleuten jeder Eingriff in das Kleingewerbe untersagt würde.

Es ist nicht zu läugnen, daß sich das letztere gegenüber diesen beiden Mitbewerbern in großem Nachtheil befindet. Der Fabrikant, häufig im Besitz einer entwickelteren Intelligenz, kaufmännischer Bildung und wirtschaftlicher Kenntnisse, unterstützt durch eigenes und fremdes Kapital, ist in der günstigen Lage, sich jede Entdeckung und Erfindung auf dem Gebiete der Wissenschaften und Künste alsbald zugänglich und dienstbar zu machen, und vermittelt des vortheilhaften Ankaufs seiner Rohstoffe, der Anwendung von Maschinen, Naturkräften und Arbeitstheilung im Großen nicht nur schneller, mehr und billiger, sondern auch besser zu produziren, als der Handwerker. Für Zufuhr und Absatz sorgen ihm in Nähe und Ferne die mannichfaltigsten entwickelten Verkehrsanstalten und der Handel in seinen verschiedenen Abstufungen.

Diese mächtigen Vortheile der großen Industrie aber, so sehr sie auch auf das Kleingewerbe drücken, können gleichwohl diesem nicht mehr durch eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen zum Opfer gebracht werden. Beschränkungen in dem Betrieb der Fabriken würden nicht nur deren Eigenthümer und Unternehmer mit schweren Nachtheilen treffen, sondern auch die ganze Existenz der mitunter sehr großen Zahl ihrer Arbeiter und aller Derer in Frage stellen, welche ihren Geschäftsbetrieb und ihre Nahrung schon jetzt an jene angeknüpft haben, oder künftig nur durch sie ihren und ihrer Familien Lebensunterhalt zu gewinnen vermögen. Die Maßregel wäre aber auch bei der heutigen Leichtigkeit des Verkehrs erfolglos, wenn nicht damit eine Absperrung des Landes gegen die Fabrikate der Nachbarstaaten und selbst entfernterer Länder verbunden, dadurch aber nicht nur sofortige Gegenmaßregeln des Auslandes gegen die Industrie des Inlandes erweckt, sondern ein allgemeiner Rückschritt unseres Staates in seiner ganzen, nicht bloß industriellen Entwicklung und eine unerträglichere Vereinsamung desselben geschaffen würde.

Uebrigens kommt aber auch das Interesse des consumirenden Theiles der Bevölkerung in Betracht, welcher durch die Leistungen der großen Industrie und des Handels und durch die Rückwirkung, welche dieselben auf das Kleinge-

werbe üben, seine Bedürfnisse besser, leichter und billiger zu befriedigen vermag, als wenn er ausschließlich oder vorzugsweise auf die Leistungen des letzteren angewiesen wäre.

Es ist also wohl klar, daß etwaige Erneuerungen der Wünsche um eben so ungerechte als unausführbare Beschränkungen der Fabrikation und des Handels bei der Bearbeitung des Gewerbegesetzes keine Berücksichtigung finden dürften.

Was soll aber das neue Gesetz bringen zum Frommen Aller? Gewerbefreiheit oder Reform des Zunftwesens?

Die Entwicklung des neuern Staatenlebens führt — so sagen die Einen — zur allmählichen Beseitigung der bevorrechteten Stellungen und zur Gleichberechtigung Aller vor dem Gesetze. Sie kann auch auf dem Gebiete der Gewerbe nur in dem Grundsatz ihr Ziel erreichen, daß Jeder berechtigt sei, von seinen natürlichen Kräften und Fähigkeiten, von den erlangten Kenntnissen und Fertigkeiten, sowie von seinem Kapital jeden freien Gebrauch zu machen, der mit der Freiheit aller Anderen verträglich ist. Dies ist der Grundsatz der Gewerbefreiheit, eines Rechtes, das, wie überhaupt die Freiheit im Staate, nur solchen Beschränkungen zu unterwerfen sei, welche durch die Zwecke der gesammten Staatsgenossenschaft — nicht einzelner Staatsangehöriger —, durch Rücksichten des öffentlichen Wohles überhaupt — nicht durch Rücksichten auf Privatvortheile — zu rechtfertigen sind.

Die Andern aber fürchten sich vor der sofortigen Verwirklichung dieses Grundsatzes, und zwar nicht blos Solche, welche an der Aufrechterhaltung der Privilegien und Einrichtungen des Zunftwesens unmittelbar selbst ein eigenes Interesse haben, sondern auch Unbetheiligte, welche den Sprung aus dem bisherigen in das entgegengesetzte System für bedenklich halten, weil, wie überhaupt im Leben, so auch in den staatlichen Einrichtungen nur der allmähliche Fortschritt auf dem vorhandenen Boden zuträglich sei, jeder unvermittelte Uebergang aber Gefahr bringe. Die Zunftverfassung, ein schon durch sein Alter und seine weite Verbreitung achtungswerthes Institut, habe in dem gewerblichen Leben tiefe Wurzeln geschlagen und enthalte noch immer vieles Brauchbare, das nicht muthwillig aufgegeben, sondern sorgfältig erhalten werden sollte. Die größte Besorgniß aber besteht darin, daß, wenigstens in der jetzigen Generation der Gewerbetreibenden, Viele seien, welchen die bisherigen Vorrechte der zünftigen Korporationen und die damit zusammenhängenden Beschränkungen der Concurrenz eine beträchtliche Stütze gewährt hätten, und welchen geradezu die Eigenschaften und Mittel abgehen, um nach dem Wegfall jener Stütze sich in ihrer gewerblichen Existenz noch aufrecht erhalten zu können, so daß die gänzliche Beseitigung des Zunftzwanges den unausbleiblichen Ruin vieler Familien, und damit die empfindlichsten Nachtheile für Gemeinden und Staat zur Folge haben müßte.

Diesen Befürchtungen werden hinwieder die Erfahrungen entgegen gehalten, welche in anderen, unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit sehr vorangeschrittenen Ländern, wie England, Frankreich, Belgien u. a., gemacht worden sind, und womit die Erwartung gerechtfertigt wird, daß die Durchführung des gleichen Prinzips auch in Deutschland eine reichere Entfaltung und Verwerthung der vorhandenen Arbeitskräfte und Kapitalien zur Folge haben, und daß gerade hierdurch auch die Meister der kleineren, zünftigen Gewerbe, welche ja durch den Zunftzwang unter sich selbst gegenseitig abgeschlossen und an der nutzbringenden Ausdehnung ihres Geschäftes vielfach gehemmt sind, in die Lage versetzt werden, erfolgreicher als bisher mit der großen Industrie und dem Handel zu concurriren, und sich zu größerem Wohlstande empor zu arbeiten. Dabei wird zugegeben, es könne freilich nicht ausbleiben, daß die Schwachen und Zaghaften, welche sich auf die äußeren Behelfe des Zunftprivilegiums mehr als auf die eigene Kraft zu verlassen gewöhnt sind, von denen, welche höhere Befähigung und größeren Unternehmungsgeist besitzen, überflügelt werden. Dies wird aber gerade als ein Vorzug des Systems der Gewerbefreiheit, die Alle zur Strebsamkeit und Kraftentwicklung auffordert, angesehen, und zudem darauf hingewiesen, daß auch unter der Herrschaft des Zunftzwangs diejenigen, welche mit geringen Fähigkeiten und mit Lässigkeit ihr Geschäft betreiben, nur ein kümmerliches Dasein zu fristen vermögen. Statt also zuzugeben, die Gewerbefreiheit werde manchen Gewerbetreibenden zu Grunde richten, müsse vielmehr behauptet werden, daß sie Vielen zum Emporkommen verhelfen werde. Ein Sprung oder unvermittelter Uebergang könne es nicht genannt werden, wenn jetzt die Gesetzgebung das Prinzip der Gewerbefreiheit zur Grundlage erhalte, weil dies schon von lange her vorbereitet sei durch die Beseitigung des Einflusses der Zünfte bei den Bürger-Annahmen, durch

die allenthalben zur Anwendung gekommenen freieren Verwaltungsgrundsätze, und durch die Wirkungen, welche die freiere Bewegung der Großindustrie und des Handels im Gefolge gehabt.

Ueber spezielle Vortheile, welche der Anwendung des einen oder des andern Systems im Einzelnen zugeschrieben werden wollen, wird bei den folgenden Abschnitten die Rede sein.

II.

Bleibt es nothwendig und thunlich, von dem neu angehenden Gewerbsmann den Nachweis einer bei Meistern seines Gewerbs zugebrachten Lehr- und Wanderzeit zu verlangen, und ihm eine Prüfung über die hierdurch erlangte Befähigung zum selbständigen Gewerbsbetrieb abnehmen zu lassen?

Ist dies bei allen Gewerben oder wenigstens bei denjenigen erforderlich, bei welchen durch ungeschickten Betrieb die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden könnte?

Durch wen sollen die Meisterprüfungen abgenommen werden?

Die Forderung, daß auch künftighin für die Heranbildung tüchtiger Meister durch staatlich festgesetzte oder genehmigte Vorschriften gesorgt, und jeder, der sich nicht über die Erfüllung dieser Vorschriften ausweisen kann, vom selbständigen Gewerbsbetriebe ausgeschlossen werden soll, wird von Manchen durch die Erwägung begründet, daß hierdurch Niemanden der Weg zu seiner Befähigung für den Gewerbsbetrieb abgeschnitten, somit das allgemeine Recht aller Staatsbürger auf den Gebrauch ihrer Kräfte und ihres Vermögens nicht aufgehoben, sondern nur geregelt wird, wie ja auch in so manchen anderen Beziehungen die Ausübung gewisser Rechte im Staat an die Erfüllung gewisser Vorschriften geknüpft, darum aber noch keineswegs ein solches Recht zum Privilegium gestempelt ist.

Für obige Forderung wird ferner der doppelte Grund geltend gemacht, daß sonst das Publikum durch geringe Waare und schlechte Arbeit betrogen, und daß mancher Leichtsinrige zum Beginn eines Geschäftes, das er nicht versteht, veranlaßt werden könnte, der alsdann theils durch seine ungenügenden Leistungen leicht das ganze Handwerk in Mißcredit bringen, oder durch Spottpreise den soliden Genossen desselben eine schädliche Concurrenz machen, schließlich aber sich selbst ruiniren und seiner Heimath zur Last fallen würde.

Hiezu komme die Thatsache, daß in der Regel nur derjenige Meister, welcher mit Lehrling und Gesellen arbeite, gerade so wie der Fabrikant, der mit seinem zahlreichen Hilfspersonal, wie der Kaufmann, der mit Commis und anderen Gehilfen sein Geschäft betreibt, zum Wohlstande gelange, ein Ziel, dessen Erreichung vereitelt oder sehr erschwert werde, wenn man dem Hilfspersonal die baldige selbständige Niederlassung erleichtert.

Als Mittel, diese Nachtheile zu vermeiden und den Fortbestand tüchtiger und solider Gewerbsleute zu sichern, betrachtet man den Lehrzwang, zum Theil auch noch den Wanderzwang und vorzugsweise die Meisterprüfungen.

Für den **Lehrzwang** wird besonders angeführt, daß in der vorzuschreibenden Lehrzeit es sich nicht allein darum handle, dem Lehrling die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, sondern auch die Erziehung des Jünglings zu vollenden; für den **Wanderzwang**, daß auf Reisen und in veränderten Umgebungen ebensowohl die geschäftliche Tüchtigkeit erweitert, als die Männlichkeit des Charakters zur Reife gebracht werde; für die **Meisterprüfung**, daß sie allein den Beweis erbringen könne, ob die Zwecke der Lehr- und Wanderjahre auch wirklich erreicht sind. Wenn sich durch diese Vorbereitungszeit die Gründung des eigenen Heerdes verzögere, so sei sie doch als ein bloßer Durchgang zur bereinstigenden eigenen Selbständigkeit und zu der gleichen achtbaren und gesicherten Stellung, wie sie der Brodherr eingenommen, jederzeit leicht ertragen worden und werde auch in Zukunft nicht als eine Bedrückung oder Verkümmern empfunden werden.

Diesen Betrachtungen wird von anderer Seite entgegen gehalten:

Allerdings sei und bleibe es nothwendig, daß der Gewerbestand tüchtig gebildet werde. Dies liege aber so sehr in der Natur der Verhältnisse, und zumal bei herrschender Gewerbefreiheit und der dadurch begünstigten größeren Concurrenz könne der untüchtige Geschäftsmann so wenig prosperiren, daß Alle von selbst nach möglichster Erweiterung ihrer Kenntnisse und Erfahrungen, nach Vervollkommnung ihrer Fertigkeiten und Einrichtungen streben müssen, und daß ein polizeilicher Zwang hiezu oder sonst eine Einwirkung des Staats, mit Ausnahme etwa dessen, was er für Unterricht und Erziehung im Allgemeinen und für die gewerblichen Bildungsanstalten insbesondere thut, gar nicht nothwendig, somit auch nicht gerechtfertigt sei. Die Eltern und Fürsorger, welche ihre Kinder und Pflégbefohlenen dem Gewerbebestande widmen, würden hiernach dieselben nach wie vor bei einem Meister oder Prinzipalen in die Lehre thun; ein Lehrvertrag würde die Lehrzeit, das Lehrgeld und alle anderen Bedingungen auch künftighin festsetzen; der Lehrbrief, welchen nach beendigter Lehre der Lehrherr erteilt, werde dem jungen Manne neue Brodherrn um so mehr verschaffen, je mehr die Arbeitskräfte schon jetzt gesucht sind, und bei steigender Entwicklung unserer Gewerbsverhältnisse voraussichtlich noch gesuchter werden müssen.

Aber auch manch andere befähigte Persönlichkeit, die nicht in der Werkstatt während der gefährlichsten Lebensjahre bedenklichen Einflüssen Preis gegeben werden soll, die auf eine umfassendere allgemeine Bildung mehr Zeit verwenden, und die gewerblichen Fertigkeiten später doch in kürzerer Frist sich noch aneignen kann, werde, wenn der Lehrzwang beseitigt ist, von Ergreifung eines gewerblichen Berufes nicht mehr ausgeschlossen sein, der ganze Stand werde durch solche Genossen gehoben werden, und anstatt daß, wie man bisher sehen mußte, der zu einiger Wohlhabenheit gelangte Handwerker dahin trachtet, seine Söhne in höhere Berufskreise überzuführen, werde eine nach beiden Richtungen hin wohlthätige Gleichachtung der wissenschaftlichen und gewerblichen Stände zur Geltung kommen.

Ferner bleibe selbst demjenigen, der in früheren Jugendjahren durch die Ungunst der Verhältnisse von Erlernung eines Gewerbes abgehalten worden ist, oder der durch Unglücksfälle genöthigt wird, das erlernte Gewerbe aufzugeben, nun immer noch die Möglichkeit, das Versäumte auf irgend eine Weise in verhältnismäßig kurzer Zeit, vielleicht mit Benützung irgend einer sich ihm darbietenden besonders günstigen Gelegenheit nachzuholen oder zu einem anderen Gewerbszweig überzugehen.

Endlich seien bei manchen Gewerben die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten so einfach, daß sie leicht und rasch zu gewinnen seien, deßhalb müsse den jungen Leuten, welche sich ihnen widmen wollen, nicht die Aufopferung kostbarer Jahre in der Lehre zugemuthet werden. Je früher sie zum eigenen Arbeitsverdienst gelangten, um so mehr würden sie in ihrem Fleiß und in ihrer Vervollkommnung wachsen, und wohl auch häufig schon eine Stütze ihrer Familien sein.

Die Vortheile des Wanderns werden nicht bezweifelt, dagegen die Nothwendigkeit bestritten, dasselbe zur gesetzlichen Auflage zu machen, weil derjenige, der in der Lage ist, es zu thun, schon von selbst nicht versäumen wird, sich jene Vortheile zu eigen zu machen; ferner weil sie heutzutagefüglich entbehrt werden können, wo sie ersetzt werden durch die Wirkungen des so sehr erleichterten und gewachsenen Verkehrs, der Presse, des Vereinswesens; schließlich weil sie aufgewogen werden durch die schweren Nachtheile, welche das Wandern im Gefolge hat, indem es Viele zur Unständigkeit, Unarbeitsamkeit, ja zur gänzlichen Verkommenheit führt.

Den Meisterprüfungen endlich wird die Eigenschaft abgesprochen, daß durch sie wirklich der Beweis der erlangten Befähigung zum Gewerbe erbracht werde, daß sie eine Garantie böten für reelle Behandlung des Publikums, daß sie den Leichtsinrigen vom Beginn eines eigenen Geschäftes abzuhalten und die oben erwähnten Folgen eines solchen Unternehmens zu verhüten im Stande wären. Es wird darauf hingewiesen, wie bekannter Maßen das Prüfungsverfahren bei den Zünften nicht selten darin bestund, dem Gesellen, der das Meisterstück fertigt, Gelbbußen um Gelbbußen aufzuerlegen für Fehler, die er dabei begeht, schließlich aber dennoch ihn für bestanden zu erklären; wie häufig bloß persönliche Gunst oder die Anwendung unlauterer Mittel einem Unfähigen zum Meisterrecht verholfen haben; wie überhaupt allenthalben eine nicht geringe Zahl geprüfter Meister zu finden sei, die schlechte Arbeit liefern; wie umgekehrt manchem tüchtigen Gesellen die Fertigung des Meisterstücks durch mancherlei Chikanen zu erschweren und zu verleiden

gesucht werde, und wie auch hier die freie Concurrrenz mehr leiste, als alle polizeiliche Aufsicht, die ohnehin gerade hier nicht sowohl auf eigene Wahrnehmung und Beurtheilung der Beamten, als vielmehr nur auf das Gutachten Derer sich stützen könnte, die um ihres persönlichen Vortheils willen nur zu sehr geneigt sein möchten, gegen den künftigen Concurrenten ungerecht zu werden.

Nie habe man für den Ackerbau, das allgemeine Landgewerbe eine Lehrzeit und Meisterprüfung festgesetzt, und doch sei, wenn man die eigentlichen gelehrten Beschäftigungen und die schönen Künste abrechnet, vielleicht kein Gewerbe, welches mehr Einsichten und Erfahrung und eine größere Mannichfaltigkeit von Kenntnissen erfordere, als dieses. Dazu komme noch, daß die Arbeiten des Landbaues bei jeder Aenderung der Witterung und bei jeder Verschiedenheit des Bodens und anderer Umstände eine verschiedene Richtung bekommen; daher sie immer die eigene Beurtheilung des Landmanns erfordern. Die Operationen bei den Handwerkern dagegen bleiben unverändert dieselben, oder doch einander sehr gleich, und können folglich durch bloße Nachahmung und mechanische Uebung zur Vollkommenheit gebracht werden. Selbst untergeordnete Arbeiten des Landbaues erfordern Verstand und Erfahrung in einem höheren Grade, als die meisten mechanischen Arbeiten.

„Das Recht, welches jeder Mensch hat, die Früchte seiner eigenen Arbeit zu genießen, so wie es das älteste und ursprünglichste aller Eigenthumsrechte ist, sollte billig auch das heiligste und unverletzliche sein. Der einzige Schatz eines armen Mannes besteht in der Stärke und Geschicklichkeit seiner Hände; und ihn verhindern, diese Stärke und diese Geschicklichkeit auf die ihm wohlgefälligste Weise, ohne Beeinträchtigung irgend eines Menschen, zu gebrauchen, heißt das heiligste Eigenthum desselben verletzen. Es ist ein Eingriff in die natürliche Freiheit nicht nur des arbeitenden Mannes selbst, sondern auch der Personen, die sich seiner Geschicklichkeit bedienen wollen. So wie der Eine gehindert wird zu arbeiten, was ihm gut dünkt, so werden die Andern gehindert, den für sich arbeiten zu lassen, welcher ihnen gefällt. Ob ein Mensch zu der Verrichtung, welcher er sich unterzieht, tüchtig sei, kann sicher der Beurtheilung Derer überlassen werden, welche seine Arbeiten gebrauchen, da es ihr Interesse so unmittelbar und so nahe angeht. Die Besorgnisse des Gesetzgebers, daß sie eine unrechte Wahl treffen möchten, sind ebenso unnöthig, als die Anstalten, durch welche er dies zu verhüten sucht, drückend (und man darf hinzufügen unzureichend) sind. (Vd. Smith, Nationalreichthum.)“

In der Mitte zwischen den beiden hier ange deuteten Systemen steht die Ansicht, daß zwar in der Regel dem Gewerbsmanne der Nachweis seiner Befähigung von Staats wegen nicht abgefordert werden solle, hiervon aber eine Ausnahme bei denjenigen Gewerben Platz greifen müsse, bei welchen durch einen ungeschickten Betrieb nicht dem Kunden allein Vermögensnachtheile bereitet, sondern zugleich das öffentliche Wohl und die allgemeinen polizeilichen Zwecke mitgefährdet werden könnten. Wer ein solches Gewerbe betreiben wolle, müsse hiezu besondere polizeiliche Erlaubniß erwerben, welche nur nach vorausgegangener Prüfung der Befähigung oder persönlichen Zuverlässigkeit des Bewerbers ertheilt werden dürfe. Hiezu werden, außer den mehr oder weniger auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Vorbildung beruhenden, aber gewerbsmäßig betriebenen Berufsgattungen der Anwaltschaft, der Heilkunde (einschließlich des Wundarzneydienstes, der Geburtshilfe und des Apothekerwesens), der Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten zc., meistens gerechnet die Anfertigung und der Verkauf von Gift- und Arzneistoffen, von feuergefährlichen Gegenständen, Waffen und Munition; die Haltung von öffentlichen Bädern und Wirthschaften, die Unternehmung von öffentlichen Belustigungen und Schauspielen, die Maler-, Tröbeler-, Packer-, Lohnarbeiter-, Hauderer-, Flößer- und Schiffergewerbe; der Bergbau, die Kaminfe gerei und Wasenmeisterei; die sämmtlichen Preßgewerbe (Buchdruckerei, Steindruckerei u. dgl., Buch-, Kunst-, Musikalienhandlungen, Antiquariatsgeschäfte, Haltung von Lesecabinetten und Leihbibliotheken u. s. w.); ferner alle Gewerbe, welche hausirend betrieben werden, und die Baugewerbe (Maurer-, Zimmer-, Steinhauer-, Brunnenmacher-, Pflastererhandwerk).

III.

Soll der Gewerbsmann, um ein Geschäft selbständig beginnen zu dürfen, ein gewisses Alter erreicht haben?

Daß derjenige, welcher ein Geschäft selbständig beginnen will, überhaupt vertragsfähig sein, also in der Regel das Alter der Volljährigkeit (im Großherzogthum 21 Jahre) erreicht haben müsse, wird als selbstverständlich von Allen anerkannt. Verschiedene Ansichten aber bestehen darüber, ob dieses Alter genüge, oder ob nicht weiter gegangen und etwa ein Alter von 25 Jahren gefordert werden solle.

Für die erstere Ansicht läßt sich anführen, daß, wenn das Recht zum Gewerbsbetrieb als eines der ursprünglichsten Menschenrechte überhaupt betrachtet werde, und wenn den Meisten die Ausübung dieses Rechtes zur Fristung ihres Daseins unentbehrlich sei, wenn endlich das bürgerliche Gesetzbuch den Staatsangehörigen mit seinem 21. Jahre zur eigenen Verwaltung seines Vermögens und Wahrnehmung seiner Interessen durch Eingehung von Rechtsgeschäften aller Art reif erachte, mit einem Worte von diesem Alter an seine rechtliche Persönlichkeit anerkenne, kein Grund vorhanden sei, diese Persönlichkeit in Ansehung des Gewerbsbetriebs zu beschränken.

Dagegen wird aber bemerkt:

Erfahrungsgemäß pflegt bei uns mit dem durch das Landrecht auf das 21. Jahr festgestellten Alter der Volljährigkeit in den meisten Fällen doch noch nicht diejenige Ausbildung des Verstandes und Charakters, derjenige Umfang von Erfahrungen, Kenntnissen und Fertigkeiten vorhanden zu sein, welche zu dem gedeihlichen selbständigen Betriebe eines Gewerbes erforderlich sind. Aus einer ähnlichen Erwägung gestattet auch das Bürgerrechtsgesetz in der Regel nicht vor dem 25. Lebensjahre den Antritt des Bürgerrechts. Das Landrecht selbst fordert dieses reifere Alter, wenigstens bei Mannspersonen, für die Verehelichung (L.R.Zuf. 144 a.). Gerade bei den Gewerbsleuten ist die Führung einer eigenen Haushaltung durch weibliche Hilfe meist ein unabweisliches Bedürfnis, und es fällt deshalb die Gründung eines eigenen Geschäftes gewöhnlich mit der Verehelichung zusammen. Es ist daher nicht nur keine wahre Belästigung für den Gewerbsmann, wenn das Gesetz ihn nicht früher, als er heirathen darf, sein Geschäft eröffnen läßt, sondern es wird durch eine solche Bestimmung zugleich dem Concubinat entgegen gewirkt, welches sonst leicht überhand nehmen könnte. Zudem hindert ja dieselbe den Arbeiter bis zu seinem 25. Jahre nicht an der Gewinnung seines Lebensunterhaltes durch Anwendung seiner gewerblichen Kenntnisse und Fertigkeiten in der Eigenschaft als Gehilfe eines selbständigen Brodherrn; vielmehr lehren tägliche Beispiele, daß die Leute gerade in dieser Zeit des Durchgangs die nöthigen Mittel zur Gründung des eigenen Anwesens zu ersparen vermögen. Auch kommt hier die schon unter II. erwähnte Rücksicht in Betracht, daß das Kleingewerbe nicht gedeihen kann, wenn ihm seine Hilfskräfte zu frühe entzogen werden.

Für Ausnahmefälle könne durch Dispensation von der gesetzlichen Regel geholfen werden.

IV.

Ist der Besitz des Gemeindebürgerrechts für eine nothwendige Voraussetzung des selbständigen Gewerbsbetriebs zu erklären?

Genügt hiefür das angeborene Bürgerrecht, oder muß das volle Bürgerrecht förmlich angetreten, beziehungsweise erworben sein?

Soll dem Gewerbsmann, welcher das Bürgerrecht in einer andern Gemeinde als derjenigen besitzt, in welcher er sein Geschäft betreiben will, die gewerbliche Niederlassung in der letzteren von der Ortsbehörde und aus welchen Gründen untersagt werden dürfen?

Welche Gewerbsbefugnisse sind den f. g. Insaßen zuzuerkennen?

Für die künftigen Gewerbe bestand bisher der Grundsatz, daß sie nur von demjenigen, der das Bürgerrecht ange-

treten oder erworben hat, oder wenigstens das Insaßenrecht besitzt, und daß sie nur in derjenigen Gemeinde, in welcher er das eine oder andere dieser Rechte besitzt, ständig ausgeübt werden dürfen. Wer aus den in dem vorhergehenden Abschnitt angedeuteten Gründen schon das Alter der erreichten Volljährigkeit für genügend erachtet, wird auch die Beibehaltung der eben erwähnten Beschränkung für unstatthaft halten, jedenfalls dagegen sein, daß das angeborene Bürgerrecht auch angetreten sein müsse, und der Ausübung des Gewerbes in anderen als der Heimathsgemeinde irgend ein Hinderniß in den Weg gelegt werde; er wird verlangen, daß das Recht der Freizügigkeit im ganzen Lande anerkannt werde, einmal weil das Gewerbsrecht nicht aus dem Gemeindebürger- oder Heimathsrecht abgeleitet werden könne, somit nicht an einen bestimmten Ort gebunden sei, sondern als ein natürliches Recht der Staatsgenossen, welche ja als solche durchaus und überall gleichberechtigt seien, auf dem ganzen Staatsgebiete müsse geübt werden können; sodann auch aus dem weiteren Grunde, weil die Freizügigkeit eines der wichtigsten Mittel sei, dem Gewerbsmann, der in der Heimath nicht das entsprechende Feld für seine Thätigkeit finde, zu seinem besseren Fortkommen zu verhelfen, demnächst die Heimathsgemeinde von ungenügend oder gar nicht beschäftigten und darum ihr selbst lästigen Arbeitern befreie, dagegen einen Zufluß von rührigen und tüchtigen Menschen in Orte, wo das Gewerbswesen noch darniederliege, gestatte und auf diese Weise bewirke, daß auch die Angehörigen solcher Orte zu größerer Anstrengung ihrer Kräfte angespornt werden.

Wenn man dagegen aus den in der zweiten Hälfte des vorigen Abschnittes angeführten Gründen von der Betrachtung ausgeht, daß in dem 21. Lebensjahre noch nicht die wünschenswerthe Reife eingetreten zu sein pflegt, und daß zum selbstständigen Betrieb eines Gewerbes auch die Gründung eines ehelichen Haushaltes gehöre, wenn man hinzunimmt, daß der Besitz des Bürgerrechts in dem Anspruch auf die Theilnahme am Gemeinde- und Almsendgut einen wichtigen materiellen Nutzen und Nützlichkeits für nahrungslose Zeiten bietet, daß überhaupt die Gewerbe recht eigentlich bürgerliche Nahrungsweige sind, daß es sehr im Interesse der Gewerbetreibenden liegt, an den gemeindepolitischen Rechten der Stimmgebung in den Bürgerversammlungen, der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit zu den Gemeindeämtern Theil zu nehmen, wie nicht minder im Interesse der Gemeinden, daß in ihren aktiven Bürgerchaften der Gewerbestand möglichst vollständig vertreten, und deshalb dafür gesorgt sei, daß die Gewerbetreibenden sich nicht in Masse dem Eintritt in das Bürgerrecht und der Theilnahme an dem verfassungsmäßigen Gemeindeleben entziehen, so wird man wenigstens die Beschränkung für rathsam erachten, daß der selbstständige Gewerbsbetrieb demjenigen nicht gestattet sein soll, der nicht wenigstens in irgend einer Gemeinde des Großherzogthums Bürgerrecht angetreten oder erworben hat. In dieser Beschränkung würde zugleich das im vorigen Abschnitt besprochene Erforderniß des 25. Lebensjahres als Regel mit enthalten sein, und es wäre solches ausdrücklich nur für die s. g. Insaßen zu bedingen, welche nach den Bestimmungen des Bürgerrechts (§§. 83 und 84) keinen oder nur einen beschränkten Anspruch auf Ertheilung des Bürgerrechts in der Heimathsgemeinde haben, also billiger Weise nicht aus dem Grunde, weil sie dasselbe nicht erlangt haben, vom Gewerbsbetriebe ausgeschlossen werden sollten, der ihnen schon unter der alten Gesetzgebung gestattet war.

Mit dieser Beschränkung wäre alsdann die Freizügigkeit in dem Sinne, daß der in irgend einer Gemeinde des Großherzogthums bürgerliche Gewerbsmann sein Geschäft im ganzen Umfang des Landes betreiben dürfe, und mit ihren oben genannten Vortheilen vereinbar.

Indessen sind diese Vortheile keineswegs allseitig als solche anerkannt. Es wird die Befürchtung geäußert, daß durch die Einwanderung ortsfremder Gewerbsleute, welche die Gemeindebehörde nicht zu verhindern oder zu erschweren vermöge, der Nahrungsstand der einheimischen Bürger gefährdet und dadurch folgeweise die Gemeinde selbst in empfindliche Nachtheile versetzt werden könne. Ferner wird eingewendet, daß die Freizügigkeit von Denen, welche in ihrer Heimath zu Grunde gegangen oder ihres Credits oder guten Rufes verlustig geworden sind, ebenfalls zum großen Schaden dritter Gemeinden leicht mißbraucht, daß die Absichten des Bürgerrechtsgesetzes, welches die Aufnahme eines Ortsfremden in das Gemeindebürgerrecht mit gewissen Bedingungen und wohl überdachten Hindernissen verknüpfe, vermittelst der Freizügigkeit vereitelt würden, weil diese dem Ortsfremden im Wesentlichen vielleicht gerade dasjenige gewähre, auf was er es allein abgesehen hat, was aber bisher allein mit der Bürgeraufnahme erreicht werden konnte. Selbst den Heimathsgemeinden, glaubt man, könne die Freizügigkeit Schaden bringen, indem ihre Angehörigen die kräftigere Zeit

ihres Lebens in fremden Gemeinden verbringen, und diesen gegenüber ihre gesetzlichen Pflichten erfüllen, wenn aber dort das Alter oder die Tage der Noth herannahen, wieder die Heimath auffuchen und von dieser, der sie Nichts geleistet haben, nun das Recht der Unterstützung in Anspruch nehmen.

Je nachdem diesen Einwendungen Rechnung getragen werden soll, müßte alsdann den Gemeindebehörden ein Recht der Einsprache gegen solche gewerbliche Niederlassungen außerhalb der Heimathsgemeinde eingeräumt werden. Oder es würden die beachtenswertheften der beiderseitigen Erwägungen in dem Vermittlungsvorschlage zur Geltung gelangen, daß zwar grundsätzlich der Bürger einer Gemeinde auch in jeder andern Gemeinde sein Gewerbe selbständig betreiben dürfe, daß jedoch im einzelnen Falle der Gemeindebehörde gestattet sei, dem Ortsfremden die gewerbliche Niederlassung etwa aus den gleichen Gründen zu untersagen, aus welchen derselbe gemäß §. 21 (18) des Bürgerrechtsgesetzes, Ziff. 1—6, die bürgerliche Aufnahme in die Gemeinde nicht hätte verlangen können, nämlich weil er oder die Seinigen im Rufe schlechter Haushälter oder der Trunksucht oder ausschweifenden Lebenswandels stehen, wegen gewisser Verbrechen oder Vergehen Strafe erlitten haben oder sich noch in Untersuchung befinden.

V.

Unter welchen Voraussetzungen können Frauenspersonen zum selbständigen Gewerbebetrieb zugelassen werden?

Selbst bei den zünftigen Gewerben ist bisher ohne Unterschied den Wittwen die Fortsetzung des Geschäfts ihres verstorbenen Ehemannes gestattet gewesen. Ebenso war ledigen Frauenspersonen die Anfertigung und der Verkauf von Frauenkleidern und Putzgegenständen nicht verwehrt. Auch Hausirerlaubniß wurde ihnen häufig ertheilt.

Findet man hierin bloße Vergünstigungen, um diesen Personen zu einem ehrbaren Auskommen zu verhelfen, so liegt es nahe, aus dem gleichen Grund einen Schritt weiter zu gehen. Dies mag in der That dringend genug erscheinen, weil viele dieser Personen in der Ehe keine Versorgung finden, kein zu ihrem Unterhalt hinreichendes Kapitalvermögen besitzen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten aber im selbständigen Geschäftsbetrieb besser und anständiger als im fremden Dienste verwerthen können. So würde man dahin gelangen, dieselben überhaupt zu jedem Gewerbe zuzulassen, sofern sie die gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen vermögen oder ein Geschäft auf ihre Rechnung durch einen jenen Vorschriften entsprechenden Gehilfen betreiben lassen. Doch müßte, falls zu den allgemeinen gesetzlichen Erfordernissen das ange-tretene oder erworbene Bürgerrecht gezählt wird, auch hier eine Auskunst, wie bei den Insassen, getroffen werden, weil unverheirathete Frauenspersonen das volle Bürgerrecht nicht erlangen können. (§. 5, Abs. 1 und 2 des Bürgerrechtsgesetzes.)

Zu dem nämlichen Ergebnisse gelangt man, wenn man in den den Frauenspersonen eingeräumten Gewerbebefugnissen fortan nicht mehr bloß Akte der Gnade und des Mitleids erblickt, sondern sie auf die Betrachtung zurück führt, daß im Grunde nicht einzusehen, weshalb die Frauen von ihren Kenntnissen, ihrer Geschicklichkeit und ihrem Vermögen nicht ebenso allgemein, wie der Mann von seinen Eigenschaften und Gütern, auf dem Gebiet der Gewerbe sollten Gebrauch machen dürfen, wie es insbesondere von diesem Standpunkte aus gerechtfertigt werden wolle, jeder Meisterswittwe einen Umfang von Rechten zuzuerkennen, der anderen, unverheiratheten Frauenspersonen versagt werde. Dabei müßte man freilich im Vertrauen auf die Macht der öffentlichen Meinung und der Concurrenz erwarten, daß eine Frau doch wohl immer nur eine solche Beschäftigung ergreifen werde, die sich mit der allgemeinen Stellung ihres Geschlechts, mit ihren natürlichen Eigenschaften und ihrer Bildungsweise verträgt.

Wäre aber im Gegentheil zu beforgen, daß eine allgemeine Zulassung der Frauen zum selbständigen Geschäftsbetrieb wegen der Schwäche des Geschlechts zu besonderen Mißbräuchen führen könne, so müßte wohl entweder der Kreis der Beschäftigungen, zu welchen sie zuzulassen, wenigstens für die Unverheiratheten, also freilich mit Aufopferung der Consequenz gesetzlich beschränkt, oder es müßte die Bestimmung getroffen werden, daß sie zur Ausübung eines Gewer-

besondere Concession einzuholen hätten, welche nur nach vorgängiger Prüfung ihrer persönlichen Verhältnisse, insbesondere ihrer Unbescholtenheit erteilt werden dürfte.

VI.

Welche Gewerbsbefugnisse sind den Ausländern einzuräumen?

Diese Frage ist hauptsächlich in so fern von Bedeutung, als es sich dabei um Angehörige deutscher Bundesstaaten handelt. Anderen Nationen gegenüber bleiben entweder die abgeschlossenen Staatsverträge maßgebend, oder es wird der Grundsatz auch fernerhin gehandhabt werden müssen, daß der Ausländer nur mit besonderer Staats Erlaubniß zum Gewerbsbetrieb im Großherzogthum zugelassen wird, wobei auf die Behandlung der Landesangehörigen im Heimathstaate des Wittstellers und auf das Bedürfniß oder den Nutzen seiner Niederlassung im Inlande jeweils besondere Rücksicht genommen wird.

Etwas anders aber gestaltet sich die Frage den Angehörigen der deutschen Staaten gegenüber. Das nationale Bewußtsein der Zusammengehörigkeit erkennt in dem Verein aller deutschen Staaten das gemeinsame Vaterland, und strebt nach Beseitigung der trennenden Schranken, nach einheitlichen Einrichtungen und insbesondere auch nach der Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes der Gleichberechtigung aller Deutschen in allen deutschen Landen, somit der Freizügigkeit durch ganz Deutschland.

Es bedarf aber nicht der näheren Ausführung, daß dieses Ziel nur durch die Vereinbarung aller Staaten erreicht oder durch die Vereinbarung einiger Staaten angebahnt werden kann, weil der einzelne Staat, der den Grundsatz in seinem Gebiete anerkennen und zur Geltung kommen lassen wollte, sich und seine Angehörigen, so lange nicht auch ihnen die anderen Gebiete geöffnet wären, leicht in die empfindlichsten Nachtheile versetzen würde.

Es wird daher, wenn man auch, sei es aus politischen, sei es aus volkswirtschaftlichen Gründen, die Freizügigkeit durch ganz Deutschland für nothwendig erkennt, doch von einer einzelnen Regierung ein einseitiges Vorgehen in dieser Richtung nicht erwartet werden können, und sich zunächst nur darum fragen, ob sich die Regierung die Anbahnung dieses Zieles auf jede thunliche Weise zur Aufgabe zu machen, also insbesondere durch das Zugeständniß der Gegenseitigkeit an andere dasselbe Ziel erstrebende Staaten vorerst wenigstens eine theilweise deutsche Freizügigkeit herbeizuführen habe, eine Frage, welche in der gleichen Weise, wie die Frage der Freizügigkeit im engeren Vaterlande (Abschn. IV. oben) eine verschiedene Beantwortung erfahren kann.

VII.

In welchem Umfang soll die Gewerbsbefugniß ausgeübt werden dürfen?

Die Beantwortung dieser Frage steht in nahem Zusammenhang mit jener zu Frage II. Werden bestimmte Vorschriften für die Erlernung der Gewerbe und Prüfungen über die erlangte Befähigung für nothwendig erachtet, so muß der Meister auf das einmal ergriffene Gewerbe beschränkt bleiben, bis er sich zu einem andern von Neuem vorschriftsmäßig befähigt hat. Viele erblicken noch in dieser Beschränkung einen wohlthätigen Hinderungsgrund gegen leichtsinnigen Wechsel und einen angemessenen Zwang zur Stätigkeit und wachsenden Vervollkommnung in dem einmal erwählten Gewerbe. Sie widerspricht aber dem Prinzip der Gewerbefreiheit mehr als irgend eine andere Beschränkung, und wird zugleich als eines der stärksten Hemmnisse betrachtet, unter welchen das Klein Gewerbe gegenüber der freieren Thätigkeit der Fabrikation und des Handels zu leiden habe. Man erachtet daher von diesem Standpunkte aus gerade als eines der wirksamsten Mittel für die Hebung des Klein Gewerbes die volle Anwendung des Prinzips und gelangt hiebei zu den Forderungen, daß der Gewerbsmann

1) mehrere Gewerbe (Handwerke und Handel) gleichzeitig betreiben und zu diesem Zwecke Gehilfen aus verschiedenen Gewerben beschäftigen,

2) daß er sein Gewerbe von mehreren Lokalitäten aus und gleichzeitig an mehreren Orten den gesetzlichen Vorschriften gemäß ausüben,

3) daß er, wo die Verhältnisse es ihm rathlich erscheinen lassen, ungehindert von einem Gewerbe zum andern übergehen dürfe.

Ausnahmen hievon würden sich nur bei denjenigen Gewerben ergeben, für welche die Erwirkung einer besondern Staatserlaubnis (Concession) etwa als nothwendig erachtet worden wäre.

VIII.

Ist der Hausirhandel künftighin gänzlich zu verbieten oder nur zu beschränken?

Der Hausirhandel ist zwar heutzutage, wo fast allenthalben ansässige Handelsleute und Handwerker den Anforderungen der Consumenten zu genügen suchen, für die Letzteren kaum mehr ein Bedürfnis, er ist aber noch immer ein sehr wirksames Mittel zur Förderung des Absatzes der Gewerbsprodukte, insbesondere jener der fabrikmäßig betriebenen Gewerbszweige. Er wird deshalb von Kleinhändlern und Kleinmeistern als eine gefährliche Art, ihnen Concurrenz zu machen, gefürchtet und seine gänzliche Einstellung gefordert. Auch wird ihm vorgeworfen, daß er das Publikum theils belästige, theils zu unnützen oder unnöthigen Ausgaben verleite, und daß er Diejenigen, welche sich damit befassen, zu einer unständigen, müßiggängerischen Lebensweise, ja selbst zu Bettel und Diebstahl führe.

Von Andern wird der Hausirhandel ebenso lebhaft in Schutz genommen. Die ihm gemachten Vorwürfe seien theils ungerecht, theils übertrieben; gegen Mißbräuche, die bei allen Arten des Gewerbsbetriebs vorkämen, müsse eingeschritten werden. Sobald man einmal Gewerbefreiheit wolle, müsse man auch dieser Form des Geschäftsbetriebs noch mehr, als schon bisher geschehen, freien Spielraum gewähren, wie sie denn auch in den Ländern, in welchen Gewerbefreiheit schon lange herrscht, in einem sehr ausgedehnten Umfang und erfolgreich geübt wird. Manche unbemittelte, durch Alter oder Körpergebrechen zu einer anderen Beschäftigung untauglich gewordene Personen fänden in ihr noch ein ergiebiges Auskommen. Man solle daher nur durch zweckmäßige Vorschriften und deren Handhabung dafür sorgen, daß nicht übel beleumdete, unzuverlässigen Personen Hausirpatente bewilligt werden, und ihr Verhalten überwachen lassen. Auch hindere Nichts, den Hausirhandel höher als bisher zu besteuern und ihn durch die Aufhebung einer in dieser Hinsicht etwa als begünstigt erscheinenden Lage den anderen Gewerbtreibenden mehr gleich zu stellen.

IX.

Welchen Beschränkungen sind die Gewerbe in Ansehung der Art ihrer Ausübung zu unterwerfen?

Es muß als selbstverständlich betrachtet werden, daß an die allgemeinen polizeilichen Vorschriften, also namentlich an die Gebote und Verbote der Sicherheits-, Reinlichkeits-, Gesundheits-, Sittlichkeits-, weltlichen Kirchen-, Straßen-, Markt-, Feuer-, Bau-, Maß- und Gewichtspolizei, sowie an die Vorschriften der Steuer- und Zollverwaltung auch künftighin alle Gewerbtreibenden gebunden bleiben.

Ferner wird, wenn man den Grundsatz annimmt, daß zu solchen Gewerben, deren ungeschickter Betrieb dem öffentlichen Wohl gefährlich werden könnte, eine besondere Concession erforderlich sei, kein Zweifel bestehen, daß die Staatsregierung, wie sie diese Concession nach Umständen ertheilen oder versagen kann, auch befugt sein müsse, über die Art und Weise ihres Betriebes im Allgemeinen oder Besonderen solche Bedingungen vorzuschreiben, welche durch das öffentliche Interesse geboten sind. (Vgl. den Schluß des II. Abschnitts.)

Endlich ist wohl überall anerkannt, daß die Errichtung, Verlegung oder wesentliche Abänderung von gewissen zum Betrieb eines Gewerbes dienlichen Anlagen und Geschäftseinrichtungen, z. B. von Wasserwerken, Färbereien,

Dampfmaschinen, Feuerstätten, Hammerwerken, Laboratorien, Schlachthäusern u. dergl., welche auf die Benützung öffentlicher Anstalten, auf die Erreichung der am Orte vorherrschenden Lebenszwecke, auf bereits bestehende Gewerbsanlagen, oder auf Gesundheit, Ruhe und Sicherheit der Nachbarschaft von nachtheiligem Einfluß sein können, nicht ohne Weiteres gestattet sein könne, sondern jeweils besonderer obrigkeitlicher Erlaubniß bedürfe, deren Ertheilung eine Bekanntmachung des Vorhabens und eine Prüfung der einschlägigen Verhältnisse und etwa erhobenen Einsprachen vorausgehen müsse.

Zweifelhaft dagegen mag es erscheinen, ob, abgesehen hievon, den nicht concessioinirten Gewerben noch besondere Auflagen bezüglich der Art ihres Betriebs gemacht werden können, oder ob dies nicht mit dem System der Gewerbe-freiheit unverträglich sei.

Hierher gehören vornehmlich die bisher in Uebung gewesenen polizeilichen Taren für den Verkauf nothwendiger Lebensmittel, der Zwang zur Fortführung der damit befaßten Gewerbe und, wo die Taren nicht von der Obrigkeit regulirt werden, zur öffentlich ersichtlichen Angabe der selbstbestimmten Preise.

Man besorgt, daß ein Aufheben dieser Einrichtungen vielfache Uebervortheilungen des Publikums, unter welchen besonders die ärmeren Klassen am meisten leiden würden, und in theuren Zeiten eine Vermehrung der Noth zur Folge haben werde.

Dagegen wird geltend gemacht: Diese Maßregeln seien, weil es den Obrigkeiten an zuverlässigen Anhaltspunkten fehle, nicht durchführbar und darum, wie eine lange Erfahrung lehre, auch nicht ausreichend, um die oben erwähnten Nachtheile zu beseitigen. In der Ausdehnung, wie sie bisher gehandhabt worden, seien sie ungenügend, denn sie hätten, um von anderen unentbehrlichen Lebensbedürfnissen, wie Kleidung, Miethwohnung, Feuerungsmaterial u. dergl. nicht zu reden, auf die unmittelbaren Erzeugnisse der Landwirthschaft, z. B. Kartoffeln, Getreide, Hülsenfrüchte, ferner auf Mehl, Zucker, Kaffee, Bier und andere, heutzutage zu wahren Bedürfnissen auch des armen Mannes gewordene Lebensmittel sich nicht erstreckt, ohne daß hieraus ein der Abhilfe dringend bedürftiger Nachtheil entstanden wäre. Sie seien auch unnöthig sowohl in gewöhnlichen Zeiten, wo die Concurrnz das Publikum so viel als thunlich vor Benachtheiligungen durch Unredlichkeit der betreffenden Gewerbetreibenden schütze, als in Zeiten der Noth, wo vermittelt der Ausdehnung und Ausbildung, welche das Verkehrsweisen erfahren hat, leicht, rasch und billig aus andern, selbst sehr entfernten Ländern Dasjenige beschafft werden kann, was im Inlande mißrathen ist, und nöthigen Falles doch der Staat mit besonderen Vorkehrungen ins Mittel treten muß, wie er sich dessen auch unter dem alten System in solchen Zeiten nicht hat erwehren können. Sie seien endlich in gewisser Beziehung sogar schädlich, indem sie den Gewerbsmann nöthigen, für den besten Theil seiner Waare einen auswärtigen Markt, der ihm höhere Preise bietet, aufzusuchen, und so dem inländischen Consumenten nur die geringere Waare übrig lassen.

Gegen strafbare Uebervortheilungen des Publikums sei nach Maßgabe der desfalligen Bestimmungen der Strafgesetze, wohin namentlich auch jene über Fälschung von Maß und Gewicht zu rechnen seien, mit Geld- und Freiheitsstrafen, nach Umständen mit Entziehung der Gewerbebefugniß einzuschreiten.

X.

Ist fortan noch ein allgemeines oder ein Interesse des Gewerbestandes vorhanden, die Vereinigung aller Derer, die eine gewisse oder verwandte Arten von Gewerben treiben, zu Genossenschaften von Staats wegen anzuordnen und einen besonderen staatlichen Einfluß auf dieselben vorzubehalten?

Oder genügt es, die Bünde lediglich in ihrem dermaligen korporativen Bestand unbeschadet des freien Austrittes zu belassen, und überhaupt jede Art gewerblicher Ver-

Einigung oder der Theilnahme daran dem eigenen freien Willen der Gewerbetreibenden anheim zu stellen?

Wenn oder so weit man es für nothwendig erachtet, den Lehrzwang und die Prüfungen der Gewerbetreibenden beizubehalten, entsteht oder bleibt vielmehr auch das Bedürfnis organischer Einrichtungen, welche die Beobachtung der Lehrvorschriften gewährleisten und die Abnahme der Prüfungen ermöglichen; und es würde am nächsten liegen, für diese Zwecke die bestehenden Zünfte und Innungen mit ihrer bermaligen Einrichtung beizubehalten, auch durch das Gebot der Theilnahme daran dafür Sorge zu tragen, daß sie fortbestehen und nicht ihrer allmählichen Auflösung entgegen gehen.

Aber selbst dann, wenn man den Grundsatz annimmt, daß der Staat sich in der Regel nicht darum kümmern soll, auf welchem Wege die Gewerbsleute sich für ihre Geschäfte befähigen, kann man dennoch eine unter dem besonderen Schutz und Einfluß des Staates stehende Forterhaltung der Zünfte oder eine den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende Verjüngung dieser korporativen Genossenschaften und selbst eine in gleicher Weise vom Staate geordnete Vereinigung derjenigen Gewerbsleute, welche bisher nicht in einem solchen Verbande gestanden sind, für ersprießlich erachten, indem man annimmt, daß in den Einrichtungen und Leistungen der Zünfte, trotz der Aufsehtungen, die sie erdulden müssen, sehr vieles Gute enthalten sei. Dazu würde namentlich zu rechnen sein die nach Aufhebung des Lehr- und Prüfungszwangs nur um so dringender erforderliche Einwirkung und Fürsorge für eine gewissenhafte Erziehung und gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge, die Aufrechterhaltung eines geregelten Verhältnisses zwischen dem Prinzipalen und seinem Hilfspersonal, die Schlichtung desfalliger Streitigkeiten, die Erhaltung und Verwaltung des Körperschafts- oder Gesellschaftsvermögens, die Armen- und Krankenpflege der Genossenschaftsmitglieder, überhaupt die Wahrnehmung und Förderung der Interessen des Gewerbes und die Vermittelung der Beziehungen zu den Staatsbehörden.

Eine andere, verbreitete Anschauung hegt diese Erwartungen von den künftigen Leistungen solcher halb freien, halb gezwungenen Genossenschaften nicht. Sie geht davon aus, daß Dasjenige, was wirklich die Zünfte in den letzten Zeiten noch geleistet haben, einen zweifelhaften Werth besitze. Das familienartige Verhältniß, in welchem früher der Meister den Gesellen und Lehrling gehalten habe, sei aufgegeben oder doch sehr gelockert und eine wohlthätige Einwirkung der Zunftvorstände auf die Behandlung des Hilfspersonals finde nicht mehr statt; das Verfahren bei den Meisterprüfungen habe von den in der Zunft waltenden eigennützigen Gesinnungen vielfache Beweise gegeben; die (in ähnlichem Geiste geführten) Streitigkeiten über die Grenzen der Gewerbsbefugnisse fallen hinweg, wenn künftighin jedem Gewerbetreibenden grundsätzlich gestattet ist, sein Geschäft nach jeder beliebigen Richtung hin zu erweitern oder zu verändern; außer jenen Dingen aber hätten die Zünfte keine nennenswerthe Thätigkeit mehr entfaltet, und was in neueren Zeiten Bedeutendes im Gebiete der Gewerbe und des Gewerbslebens geleistet worden sei, sei nicht von den Zünften ausgegangen. Die Zunftgenossen selbst hätten schon jetzt keine wahre Anhänglichkeit mehr an diesen Verband, es falle aber vollends das letzte Interesse, welches sie noch an denselben geknüpft habe, sobald das Recht beseitigt sei, einem Nichtgenossen gewisse Arbeiten zu verbieten. In der That fanden die Gewerbetreibenden nicht mehr in der Zunft den einen großen Kreis, der wie früher die wichtigsten Richtungen ihres öffentlichen Lebens umschloß; sie gewähre nicht staats- noch gemeindepolitische Rechte, wie ehemals; andere Verbände bestehen für diese und für die Erfüllung der Pflichten gegen das Gemeinwesen; mit den Fortschritten des Gewerbes, der verwandten Künste und Wissenschaften mache nicht die Zunft ihre Genossen bekannt; sie suchen solche und andere Belehrung in größeren gewerblichen Vereinen, in Bezirken und ähnlichen Berührungen mit Andern, ihre Anhilfe zu geschäftlichen Unternehmungen in Kreditvereinen, Affoziationen für Beschaffung der Rohstoffe u., ihre Unterhaltung in Vereinen für mancherlei gesellige Zwecke oder bei anderen Zusammenkünften, aber nicht auf der Zunfttherberge; sie sorgen für die Zeiten der Noth und für die Zukunft ihrer Hinterbliebenen durch Betheiligung an allgemeinen Sparvereinen, Wittwenkassen, Lebensversicherungsanstalten; mit einem Wort, es sei nicht mehr die einzelne Zunft oder Innung, welche die Angehörigen eines und desselben Gewerbes für eine Mannichfaltigkeit von Lebenszwecken zusammengessele, sondern es sei bald dieses, bald jenes gemeinschaftliche Interesse, welches ein jedes für sich Männer der verschiedensten gewerblichen Berufe zur Ver-

einigung führe. Diese verschiedenen Kreise, denen der Gewerbsmann, wie es eben ihm frommen möge, in freiem Entschlusse sich anreihe und die er eben so frei wieder verlassen könne, seien die Form, in welcher heutzutage erstrebt und erreicht werden könne, was einst die Innungen geleistet haben. Eine andere staatliche Einmischung in dieselben, als diejenige, welche die allgemeinen Vereinsgesetze zulassen, sei denselben weder förderlich, noch, wie der bisherige Gang der Dinge gezeigt habe, nothwendig. Man solle daher die künftigen Korporationen, soweit sie als solche und ohne den Zunftzwang Lebensfähigkeit besitzen, fortbestehen lassen, aber Niemand zum Eintritt in diese oder ähnliche Genossenschaften mittelbar oder unmittelbar mehr nöthigen, sondern die Entwicklung des gewerblichen Assoziationswesens sich selbst überlassen.

XI.

Erscheint es für die Verhältnisse unseres Landes angemessen, den bereits bestehenden Handelskammern eine gesetzliche Organisation zu geben, auch Gewerberäthe und Gewerbegerichte einzuführen?

Welche Einrichtung und welcher Wirkungskreis wäre denselben zu verleihen?

Im Eingang des vorigen Abschnittes ist angedeutet worden, wie es nach Aufhebung des Lehr- und Prüfungszwanges um so nothwendiger erscheinen möge, Organe zu besitzen, welche an der Ausbildung der künftigen Generation der Gewerbetreibenden ein werththätiges Interesse nehmen. Auch für die mannichfachen Beziehungen des Staates zur Gewerbtätigkeit seiner Angehörigen können solche Organe nur von Nutzen sein; ebenso für die Aufrechterhaltung der Ordnung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, überhaupt für die Wahrnehmung und Förderung aller gemeinsamen Interessen des Gewerbestandes größerer Orte oder Bezirke.

Diese Aufgaben könnten, wenn kein Genossenschaftszwang eingeführt wird, den bei uns an manchen Orten schon bestehenden Handelskammern und zu errichtenden Gewerberäthen oder zu einem gemeinschaftlichen Organ für alle Gewerbe, Handel und Fabrikation mit inbegriffen, verschmolzenen Gewerbekammern, welche aus Mitgliedern dieser verschiedenen Gewerbestände zu bestehen hätten, anvertraut werden.

Dieselben könnten zugleich von dem Gesetze mit der Befugniß ausgestattet werden, Streitigkeiten zwischen den Arbeitsherren und ihrem Hilfspersonal auf den Grund der abgeschlossenen Verträge, oder des Herkommens oder der an dessen Stelle tretenden obrigkeitlichen Satzungen in erster Instanz summarisch zu verhandeln und zu entscheiden, also zugleich in der Eigenschaft von Gewerbegerichten thätig zu sein. Wegen dieser richterlichen Thätigkeit müßte dem Staate eine Einwirkung auf die Ernennung der Mitglieder vorbehalten bleiben.

Im Uebrigen wird die diesen gewerblichen Behörden zu gebende Einrichtung wesentlich von den desfalligen Ansichten und Wünschen des Gewerbestandes selbst, denen nun entgegen zu sehen wäre, abhängig sein.



Uebersicht des Ergebnisses der Vorerhebungen,

die Bearbeitung eines Gewerbegesetzes für das Großherzogthum Baden betreffend.

Dem Großh. Handelsministerium sind auf seinen Erlaß vom 10. Oktober 1860 (vergl. Allg. Begründung Seite 26 u. 27 und Beilage A.) Erklärungen und Gutachten vorgelegt worden

1) Von 16 Handelskammern und beziehungsweise Vorständen der Handelsinnungen, nämlich im
 Seekreis: Konstanz;
 Oberrheinkreis: Breisach, Emmendingen, Freiburg, Lörrach mit Randern und Schopfheim;
 Mittelrheinkreis: Bühl, Karlsruhe, Ettlingen, Kehl, Lahr, Pforzheim, Rastatt;
 Untertheinkreis: Eberbach, Heidelberg, Mannheim, Wertheim;
 und von dem in Mannheim neben der dortigen Handelskammer bestehenden Handelsverein.

2) Von 20 Gewerbevereinen, nämlich im
 Seekreis: Konstanz, Meersburg, Ueberlingen, Billingen;
 Oberrheinkreis: Emmendingen, Ettenheim, Freiburg, Furtwangen, Lörrach, Säckingen, Schopfheim, Staufeu, Triberg;
 Mittelrheinkreis: Karlsruhe;
 Untertheinkreis: Buchen, Mannheim, Heidelberg, Sinsheim, Tauberbischofsheim, Wertheim.

An den in den einzelnen Amtsbezirken abgehaltenen Versammlungen haben

3) Ausschließlich zünftige Gewerbetreibende Theil genommen in 23 Bezirken, nämlich im
 Seekreis: Konstanz, Radolfzell, Ueberlingen, Billingen;
 Oberrheinkreis: Emmendingen, Ettenheim, Freiburg, Lörrach, Säckingen, Schopfheim, Staufeu, Triberg;
 Mittelrheinkreis: Achern, Bruchsal, Karlsruhe (Stadt), Rastatt;
 Untertheinkreis: Buchen, Heidelberg, Mannheim, Sinsheim, Schwegingen, Tauberbischofsheim, Wertheim.

4) Dagegen sind außer den Zunftvorständen noch Gewerbetreibende, die keinem Zunftverband angehören, zu den Versammlungen in nachstehenden 43 Bezirken — in den einzelnen Bezirken freilich in sehr verschiedenen Zahlenverhältnissen, durchschnittlich aber in der Weise, daß die zünftigen Gewerbsleute die vorwiegende Mehrzahl bildeten — zugezogen worden im

Seekreis: Bonndorf, Donaueschingen, Engen, Messkirch, Neustadt, Pfullendorf, Stockach;
 Oberrheinkreis: Breisach, Freiburg (Landamt), Kenzingen, Müllheim, St. Blasien, Schönaue, Waldkirch, Waldshut;
 Mittelrheinkreis: Baden, Bretten, Bühl, Karlsruhe (Landamt), Durlach, Eppingen, Ettlingen, Gengenbach, Gernebach, Kork, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Pforzheim, Rheinbischofsheim, Wolfach;

Unterrheinkreis: Adelsheim, Eberbach, Gerlachsheim, Krautheim, Ladenburg, Mosbach, Neckarbischofsheim, Neckargemünd, Philippsburg, Walldürn, Weinheim, Wiesloch;

5) Es sind ferner von den Gemeinderäthen nachstehender 102 Stadtgemeinden Gutachten erstattet worden im

Seckreis: Bonndorf, Bräunlingen, Constanz, Donaueschingen, Engen, Geislingen, Hüfingen, Markdorf, Meersburg, Meßkirch, Möhringen, Neustadt, Pfullendorf, Radolfzell, Stockach, Stühlingen, Ueberlingen, Villingen, Wöhrnbach;

Oberheinkreis: Breisach, Elzach, Emmendingen, Endingen, Ettenheim, Freiburg, Furtwangen, Heitersheim, Homberg, Jestetten, Kändern, Kenzingen, Kleinlaudenburg, Lörrach, Müllheim, Neuenburg, Säckingen, Schöna, Schopfheim, Stauf, St. Blasien, Sulzburg, Thengen, Triberg, Todtnau, Waldbach, Waldfischbach, Zell;

Mittelheinkreis: Achern, Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Carlsruhe, Durlach, Eppingen, Ettlingen, Gengenbach, Gernsbach, Gochsheim, Heidesheim, Kuppenheim, Lahr, Lichtenau, Mühlburg, Offenburg, Oberkirch, Oppenau, Pforzheim, Rastatt, Renchen, Steinbach, Wolfach, Zell;

Unterrheinkreis: Adelsheim, Borberg, Buchen, Eberbach, Freudenberg, Gerlachsheim, Grünsfeld, Heidelberg, Königshofen, Krautheim, Kilsheim, Ladenburg, Landa, Mannheim, Mosbach, Neckarbischofsheim, Neckargemünd, Neudenau, Osterburken, Philippsburg, Sinsheim, Schöna, Schwezingen, Tauberbischofsheim, Walldürn, Waibstadt, Weinheim, Wertheim, Wiesloch.

6) Und ebenso von denjenigen folgender 75 Landgemeinden:

Seckreis: Dürheim, Grafenhausen, Heiligenberg, Oberlenzkirch, Reichenau, Salem, Singen, Steißlingen, Stetten a. L. M.;

Oberheinkreis: Görwihl, Heimbach, Kirchhofen, Kirchzarten, Kippenheim, Maulburg, Niesel, Rothweil, Schliengen, Steinen, St. Georgen, Todtmoos, Todtnauberg, Wehr;

Mittelheinkreis: Altenheim, Altschweier, Appenweier, Beuern, Brözingen, Bühlerthal, Durbach, Forbach, Gaggenau, Griesheim, Hoffstetten, Hofweier, Ichenheim, Kappelrodeck, Langenbrücken, Lauf, Liedolsheim, Malsch, Marlen, Mingolsheim, Mörsch, Neusatz, Neuweier, Odenheim, Oberharmsbach, Ottersweier, Petersthal, Schwarzbach, Sinzheim, Sulzfeld, Weingarten, Weitenung, Willstett, Wörschingen, Zeuthen, Zunsweier;

Unterrheinkreis: Gerach, Handschuchsheim, Hardheim, Hockenheim, Königheim, Laudenberg, Mudau, Nussloch, Oberwittstadt, Rappeneau, Schriesheim, Seckenheim, Unterschüpf, Walldorf, Wiesenthal, Zuzenhausen.

7) Endlich haben sämtliche 64 Ämter des Landes, sowie

8) die vier Kreisregierungen ihre Gutachten über die ihnen vorgelegten Fragen abgegeben.

Indem nun in der nachfolgenden Uebersicht der Hauptinhalt sämtlicher Gutachten zusammengestellt wird, muß die Bemerkung vorausgeschickt werden, daß in einer nicht unbedeutenden Anzahl derselben nicht jeweils alle der im Erlaß des Handelsministeriums gestellten Fragen, und in andern wiederum einzelne dieser Fragen nicht vollständig beantwortet worden sind. Dies gilt insbesondere von den Erklärungen mancher Gemeindebehörden, von denen einige sich auf die Behandlung der die Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältnisse berührenden Frage VI. beschränkt haben. Wo in den Amtsversammlungen und Gemeindefollegien eine Minoritätsansicht geltend gemacht wurde, wird ihrer stets da Erwähnung geschehen, wo ihr eine verhältnismäßig bedeutende Anzahl von Stimmen zur Seite steht.

I. Frage.

Verlangen die Verhältnisse des Großherzogthums eine Gewerbegesetzgebung, welche auf dem Grundsatz der **Gewerbefreiheit** beruht, oder entspricht denselben vielmehr eine gesetzliche **Reform des Zunftwesens**?

Für den Grundsatz der Gewerbefreiheit haben sich

- 1) die 4 Kreisregierungen,
- 2) sämtliche Aemter mit Ausnahme von 5, nämlich von Kenzingen, Offenburg, Landamt Karlsruhe, Schwegingen und Gerlachsheim,
- 3) sämtliche Gewerbevereine mit Ausnahme von 2, nämlich von Meersburg (mit 12 gegen 7 Stimmen) und Tauberbischofsheim, und
- 4) sämtliche Handelskammern, resp. Handelsinnungen, mit Ausnahme von 2, nämlich von Freiburg und Wertheim (letztere mit 3 gegen 2 Stimmen), und der Handelsverein zu Mannheim

ausgesprochen.

Von den rein zünftigen Amtsversammlungen haben sich erklärt:

Für Gewerbefreiheit 13,

also die Mehrzahl,

nämlich:

Radolfzell,

Ueberlingen.

—

Emmendingen

(mit 14 Stimmen gegen 13),

Ettenheim,

Pörrach,

Säckingen,

Schopfheim.

—

Bruchsal,

Karlsruhe Stadt,

(m. 27 St. g. 5),

Rastatt.

—

Buchen

(m. 17 St. g. 10),

Mannheim

(m. 34 St. g. 8),

Wertheim.

Für bloße Reform des Zunftwesens 10,

also die Minderzahl,

nämlich:

Constanz

(mit 8 Stimmen gegen 4),

Villingen.

—

Freiburg, Stadt,

Staufen,

Triberg.

—

Achern.

—

Heidelberg,

Schwegingen,

Sinsheim,

Tauberbischofsheim.

Ähnlich stellt sich das Verhältniß bei den gemischten (auch von nicht zünftigen Gewerbetreibenden besucht) Bezirksversammlungen; von ihnen haben sich entschieden:

Für Gewerbefreiheit 24,

nämlich:

Donaueschingen,

Engen,

Messkirch,

Pfullendorf,

Stockach.

—

Breisach,

Freiburg, Landamt,

Kenzingen

(mit 20 Stimmen gegen 14),

Müllheim,

St. Blasien,

Schönau,

Waldfirch,

Waldbut.

—

Bühl,

Eppingen

(m. 21 St. g. 11),

Ettlingen

(m. 21 St. g. 13),

Lahr,

Offenburg,

Pforzheim,

Rheinbischofsheim.

—

Eberbach,

Mosbach,

Neckarbischofsheim

(m. 17 St. g. 16),

Philippsburg.

Für Reform des Zunftwesens 19,

nämlich:

Bonndorf

(mit 13 Stimmen gegen 9),

Neustadt

(m. 9 St. g. 6).

—

Baden,

Bretten

(m. 43 St. g. 17),

Carlsruhe, Land,

Durlach

(m. 29 St. g. 24),

Gengenbach

(m. 20 St. g. 16),

Gernsbach

(m. 11 St. g. 10),

Kork,

Oberkirch,

Wolsach

(m. 31 St. g. 12).

—

Adelsheim,

Gerlachsheim,

Krautheim,

Ladenburg

(m. 17 St. g. 10),

Neckargemünd,

Wallbörn,

Weinheim

(m. 11 St. g. 9),

Wiesloch

(m. 13 St. g. 7).

Von den Stadtgemeinden haben sich für Reform des Zunftwesens nachstehende 21 ausgesprochen:

Möhringen;

Neuenburg, St. Blasien, Sulzburg;

Baden, Ruppenheim, Oberkirch, Dypenau, Wolsach;

Adelsheim, Borberg, Gerlachsheim, Grünsfeld, Königshofen, Krautheim, Kilsheim, Lauda, Neckar-

bischofsheim, Tauberbischofsheim, Waibstadt, Wallbörn;

für Gewerbefreiheit dagegen 74, darunter die Städte: Constanz, Freiburg, Carlsruhe, Lahr, Pforzheim

Rastatt, Heidelberg, Mannheim;

von den Landgemeinden für Reform des Zunftwesens folgende 16:

Dürheim, Stetten a. f. M.;

Kirchzarten, Rothweil, St. Georgen;

Altenheim, Beuern, Kappelrodeck, Mingolsheim, Oberharmersbach, Weingarten;

Königheim, Mudau, Neckargerach, Oberwiltstadt, Unterschüpf;

für Fortbestand des Zunftwesens in bisheriger Gestalt 2:

Hoffstetten und Liebolsheim;

für Gewerbefreiheit dagegen auch hier die Mehrheit mit 48.

II. Frage.

Bleibt es nothwendig und thunlich, von dem neu angehenden Gewerbsmann den Nachweis einer bei Meistern seines Gewerbes zugebrachten **Lehr- und Wanderzeit** zu verlangen, und ihm eine **Prüfung** über die hierdurch erlangte Befähigung zum selbstständigen Gewerbsbetrieb abnehmen zu lassen?

Ist dies bei allen Gewerben oder wenigstens bei denjenigen erforderlich, bei welchen durch ungeschickten Betrieb die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden könnte?

Durch wen sollen die Meisterprüfungen abgenommen werden?

A. Lehrzeit.

Für den Nachweis einer bestimmten Lehrzeit, als einer gesetzlichen Bedingung der Gewerbebefugniß, haben sich ausgesprochen:

- 1) von den Handelskammern Keine.
vielmehr alle 17 dagegen;
- 2) von den Gewerbevereinen nur 2
Karlsruhe und Tauberbischofsheim,
die übrigen 18 dagegen;
- 3) von den rein zünftigen Amtsversammlungen 9
Billingen;
Staufen, Triberg (mit 19 Stimmen gegen 16);
Achern (mit 22 Stimmen gegen 13), Karlsruhe, Stadt (mit 20 Stimmen gegen 12);
Heidelberg, Schwegingen, Sinsheim, Tauberbischofsheim;
bei Emmendingen war Stimmengleichheit;
die übrigen 13 waren dagegen;
- 4) von den gemischten Amtsversammlungen nur 17
Neustadt (mit 9 Stimmen gegen 6);
Waldfisch;
Baden, Karlsruhe (Land), Durlach (mit 29 Stimmen gegen 24), Gengenbach (mit 20 Stimmen gegen 16),
Gernsbach, Oberkirch, Wolfach;
Adelsheim, Gerlachsheim, Krautheim, Ladenburg (mit 17 Stimmen gegen 10), Neckargemünd, Walldürn,
Weinheim (mit 11 Stimmen gegen 9), Wiesloch (mit 13 Stimmen gegen 7);
die andern 26 waren dagegen;
- 5) von 94 Behörden der Stadtgemeinden nur 22

St. Blasien, Sulzburg, Waldfisch, Zell;
 Baden, Gernsbach, Mühlburg, Oberkirch, Oppenau, Wolfach;
 Adelsheim, Borberg, Gerlachsheim, Grünsfeld, Krautheim, Rültsheim, Lauda, Philippsburg, Schönaue,
 Tauberbischofsheim, Waibstadt, Walldürn;
 alle übrigen 72, darunter diejenigen der bedeutendsten Städte dagegen;

- | | |
|---------------------------------------|--------|
| 6) von 64 Landgemeinden nur | 18 |
| die übrigen 48 dagegen; | |
| 7) von den Aemtern nur | 3 |
| die übrigen 61 dagegen; | |
| 8) von den Kreisregierungen | Keine, |
| vielmehr alle dagegen. | |

B. Wanderzeit.

Für den Nachweis einer solchen, wie bei A., erklären sich

- | | |
|---|--------|
| 1) von 17 Handelskammern | Keine. |
| 2) von 20 Gewerbevereinen | 1 |
| Tauberbischofsheim; | |
| 3) von 23 rein zünftigen Amtsversammlungen | 3 |
| Staufen, Triberg (mit 19 Stimmen gegen 16); | |
| Tauberbischofsheim; | |
| 4) von 43 gemischten Amtsversammlungen | 4 |
| Carlsruhe (Land), Gengenbach (mit 20 Stimmen gegen 16); | |
| Gerlachsheim, Wiesloch; | |
| 5) von 94 Stadtgemeinden | 9 |
| Neuenburg, Sulzburg; | |
| Oberkirch; | |
| Adelsheim, Gerlachsheim, Grünsfeld, Rültsheim, Lauda, Tauberbischofsheim; | |
| 6) von 65 Landgemeinden | 10 |
| 7) von 64 Aemtern | 1 |
| 8) Kreisregierungen | Keine |

Die unter 1—8 nicht Aufgezählten, somit eine noch überwiegendere Mehrheit, als bei A sich gegen den
 Lehrzwang ergeben, haben insgesammt die Abschaffung des Wanderzwangs beantragt.

C. Meisterprüfungen.

Es haben sich für Meisterprüfungen als Regel bei allen Gewerben erklärt:

- | | |
|---|----|
| 1) von den 17 Handelskammern nur | 1 |
| Freiburg; | |
| 2) von den 20 Gewerbevereinen | 3 |
| Meersburg, Buchen, Tauberbischofsheim; | |
| 3) von 23 rein zünftigen Versammlungen aber die Majorität mit | 15 |
| Constanz (mit 8 Stimmen gegen 4), Bisingen; | |
| Freiburg (Stadt), Staufen, Triberg (19 Stimmen gegen 16); | |
| Achern, Bruchsal, Carlsruhe (Stadt) (mit 20 Stimmen gegen 12); | |

- Buchen, Heidelberg (mit 59 Stimmen gegen 15), Mannheim (mit 32 Stimmen gegen 11), Schwellingen, Sinsheim, Tauberbischofsheim, Wertheim (mit 19 Stimmen gegen 8);
 in der Versammlung zu Emmendingen war Stimmengleichheit;
 4) von 43 gemischten Versammlungen die Minderzahl von 19
 Bonndorf, Pfullendorf;
 Baden, Bretten (mit 41 Stimmen gegen 19), Carlsruhe (Land), Durlach (mit 29 Stimmen gegen 24), Gengenbach (mit 20 Stimmen gegen 16), Gernsbach (mit 11 Stimmen gegen 10), Wolfach;
 Adelsheim, Gerlachsheim, Krautheim, Ladenburg (mit 17 Stimmen gegen 10), Mosbach, Neckarbischofsheim (mit 18 Stimmen gegen 15), Neckargemünd, Wallbörn, Weinheim (mit 11 Stimmen gegen 9), Wiesloch;
 5) von 93 Städten die Minderzahl von 40
 Bonndorf, Engen, Meersburg, Pfullendorf, Billingen;
 Kleinauenburg, Neuenburg, Schoppsheim, St. Blasien, Sulzburg, Zell;
 Baden, Bruchsal, Heideisheim, Kuppenheim, Oberkirch, Oppenau, Wolfach;
 Adelsheim, Buchen, Eberbach, Freudenberg, Gerlachsheim, Grünsfeld, Königshofen, Krautheim, Kilsheim, Ladenburg, Lauda, Neckarbischofsheim, Neckargemünd, Neudenau, Philippsburg, Schönan, Schwellingen, Tauberbischofsheim, Waibstadt, Wallbörn, Weinheim, Wiesloch;
 6) von 63 Landgemeinden 30
 7) von 63 Aemtern nur 13
 8) von den Kreisregierungen Keine
 vielmehr sämmtlich dagegen.

In einer großen Zahl von Gutachten, namentlich der städtischen Gemeindebehörden, wurde die Errichtung von Gewerkschulen in größerer Zahl, als bisher bestanden, lebhaft befürwortet und zugleich empfohlen, den Besuch derselben, so viel immer möglich, obligatorisch zu machen.

Von beinahe Allen, insbesondere auch von der größten Zahl Derjenigen, welche sich im Allgemeinen gegen Meisterprüfungen erklärt haben, wurde anerkannt, daß wenigstens für den selbstständigen Betrieb derjenigen Gewerbe, bei welchen durch ungeschickten Betrieb die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden könnte, der Nachweis der Befähigung oder die Ersetzung einer Prüfung nothwendige Voraussetzung sein, beziehungsweise, daß der Betrieb dieser Gewerbe von der Ertheilung einer besondern staatlichen Erlaubniß (Konzession) und dieser vorausgehend von einer Prüfung der persönlichen Eigenschaften des Bewerbers überhaupt abhängig gemacht werden müsse.

Mit der Frage aber, für welche einzelnen Gewerbe eine Prüfung resp. ein Befähigungsnachweis vorgeschrieben und für welche die Erwirkung einer Konzession verlangt werden solle, hat sich nur ein Theil der Gutachten beschäftigt; eingehend ist dieselbe nur von wenigen, namentlich von den Kreisregierungen, behandelt worden. Die Mehrzahl hat sich darauf beschränkt, die bezüglichlichen Gewerbe unter der in der Fragestellung selbst gewählten Bezeichnung zusammenzufassen.

Von mehreren wurde der Wunsch ausgesprochen, es möchten Prüfungen und Concessionen auf möglichst wenige Gewerbe beschränkt werden. Einzelne wollen eine Prüfung nur für die, eine wissenschaftliche Vorbildung erfordernden gewerblichen Berufsarten — Anwaltschaft, Unterrichtsanstalten, Heilkunde — oder auch nur für die verschiedenen Zweige der Heilkunde allein bestehen lassen. Andere adoptiren die in der Darstellung des Handelsministeriums zu Frage II. am Schluß enthaltene Zusammenstellung von Gewerben vollständig; andere mit Ausscheidung einzelner Gewerbe, insbesondere auch der Baugewerbe. In einigen Gutachten endlich wurden etliche weitere Gewerbe namhaft gemacht, für welche eine Prüfung und beziehungsweise Konzession vorgeschrieben werden sollte, so für Hufbeschlagschmiede, Commissions-, Auswanderungsbureau's, Versicherungsagenturen. Endlich hat auch der

Vorschlag Vertreter gefunden, von Gewerbskonzessionen in dem neuen Gesetze gänzlich Umgang zu nehmen, dagegen bei den für das öffentliche Wohl besonders wichtigen Gewerben die Voraussetzungen für den selbstständigen Gewerbsbetrieb im Gesetze selbst genau zu bestimmen und der Polizeibehörde die Befugniß einzuräumen, den fernern Gewerbsbetrieb in den Fällen, in welchen solcher vor Erfüllung sämtlicher Erfordernisse begonnen wurde, bis dem Gesetze völlig genügt ist, zu untersagen.

In mehreren Gutachten wurde eine Einrichtung angeregt, welche es einem angehenden Gewerbsmann möglich mache, sich freiwillig einer Prüfung über die Befähigung zu einem Gewerbe zu unterwerfen, um durch ein günstiges Ergebniß sich eine Empfehlung vor dem Publikum zu gewinnen, ohne daß jedoch irgend welche gesetzliche Folgen, wie etwa gewisse Rechte bezüglich des Gewerbsbetriebs oder Ehrenrechte an das Erstehe der Prüfung geknüpft werden sollten. Eine solche Einrichtung haben für wünschenswerth erachtet:

Die Gewerbevereine von Vörrach und Furtwangen,
die Städte Furtwangen, Lahr und Heidelberg, und
die Aemter Freiburg (Stadtamt), Säckingen, Lahr, Gernsbach, Durlach, Mannheim.

Zur Beantwortung der Frage, durch wen die Meisterprüfungen (allgemein gebotene, ausnahmsweise vorgeschriebene, freiwillige) abgenommen werden sollen (Frage II., Abs. 3), sind verschiedene Vorschläge gemacht worden.

Für deren Vornahme

a) durch Sachverständige aus den betreffenden Gewerben selbst
erklärten sich:

2 Handelskammern, 1 Gewerbeverein, 5 rein zünftige Versammlungen, 16 gemischte Versammlungen, 15 kleinere Stadtgemeinden, 12 Landgemeinden und 5 Bezirksamter.

b) Durch Gewerberäthe (Gewerbekammern):

1 Handelsinnung, 3 Gewerbevereine, 10 rein zünftige Versammlungen (darunter die von Carlsruhe, Heidelberg und Mannheim), 8 gemischte Versammlungen, 29 Stadtgemeinden (darunter Lahr, Heidelberg und Mannheim), 13 Landgemeinden und 18 Bezirksamter.

c) Durch besondere (Kreis-, Bezirks-) Prüfungskommissionen:

1 Handelskammer, 7 Gewerbevereine, 3 rein zünftige Versammlungen, 4 gemischte Versammlungen, 10 Stadtgemeinden, 6 Landgemeinden, 9 Bezirksamter, 1 Kreisregierung.

d) Durch technische Staatsbehörden (insbesondere bei den Baugewerben)

2 Handelskammern (Constanz und Mannheim), 4 Gewerbevereine, 1 reinzünftige Versammlung, 5 gemischte Versammlungen, 3 Stadtgemeinden, 2 Landgemeinden, 11 Bezirksamter.

III. Frage.

Soll der Gewerbsmann, um ein Geschäft selbstständig beginnen zu dürfen, ein gewisses **Alter** erreicht haben?

Uebereinstimmend wird anerkannt, daß eine bestimmte Altersgrenze für den selbstständigen Gewerbsbetrieb im Gesetze gezogen werden müsse. Bezüglich der Wahl des 21. oder 25. Lebensjahres gehen aber die Ansichten auseinander. Einige wenige Stimmen wollen eine zwischen diesen beiden Altersstufen in der Mitte stehende Altersbestimmung — (23 Jahre) — so die Städte Schopfheim und Carlsruhe. Die große Mehrzahl spricht sich dagegen für das 25. Lebensjahr aus, vorbehaltlich der nachsichtweisen früheren Gestattung des Gewerbebetriebs in besonderen dringlichen Fällen. Für das 21. Lebensjahr hat sich nur eine verhältnißmäßig kleine Minorität erklärt, nämlich:

1) Die Handelskammern zu:

Breisach, Karlsruhe (mit 5 Stimmen gegen 4), Eberbach, Mannheim und der Handelsverein in Mannheim;

2) die Gewerbevereine

Furtwangen und Mannheim;

3) die Versammlung zünftiger Gewerbsleute des Amtsbezirks Radolpshzell;

4) die gemischten Versammlungen der Bezirke Waldbut und Breisach;

5) die Gemeindebehörden von 6 kleineren Städten;

6) jene von 5 Landgemeinden;

7) die Ämter

Stoßach, Billingen, Breisach, Achern, Bahl, Heidelberg, Weinheim;

8) die Regierung des Seckreises.

Folgende Gegenüberstellung wird das Meinungsverhältniß bei dieser Frage anschaulicher machen:

Es verlangen ein Alter von

25 Jahren, 21 Jahren.

1) Handelskammern etc.	12	6
2) Gewerbevereine	18	2
3) Amtsversammlungen rein zünftiger Gewerbsleute	22	1
4) Gemischte Amtsversammlungen	41	2
5) Stadtgemeindebehörden	87	6
6) Landgemeindebehörden	63	5
7) Bezirksämter	56	7
8) Kreisregierungen	3	1

IV. Frage.

Ist der Besitz des **Gemeindebürgerrechts** für eine nothwendige Voraussetzung des selbstständigen Gewerbebetriebs zu erklären?

Genügt hiefür das angeborene Bürgerrecht, oder muß das **volle** Bürgerrecht förmlich angetreten, beziehungsweise erworben sein?

Soll dem Gewerbsmann, welcher das Bürgerrecht in einer andern Gemeinde als derjenigen besitzt, in welcher er sein Geschäft betreiben will, die gewerbliche Niederlassung in der letztern von der Ortsbehörde und aus welchen Gründen untersagt werden dürfen?

Welche Gewerbebefugnisse sind den sog. Insaßen zuzuerkennen?

A. Für das Erforderniß des vollen (angetretenen oder erworbenen) Bürgerrechts am Orte des Gewerbebetriebs haben sich nur verhältnißmäßig wenig Stimmen ausgesprochen. Es sind dies:

- 1) von 17 Handelskammern etc. keine,
 - 2) von 20 Gewerbevereinen keine,
 - 3) von 23 zünftigen Versammlungen 5
- Ueberlingen; Ettenheim, Freiburg (Stadtbezirk), Triberg; Heidelberg;

- 4) von 43 gemischten Versammlungen 9
 Baden, Carlsruhe (Landbezirk), Gengenbach, Oberkirch;
 Adelsheim, Gerlachsheim, Krautheim, Ladenburg, Neckargemünd;
 5) von 99 Gemeindebehörden der Städte 22
 Stühlingen;
 Neuenburg, Sulzburg;
 Baden, Bruchsal, Mühlburg, Oberkirch, Oppenau, Wolfach, Zell a. H.;
 Adelsheim, Borberg, Buchen, Gerlachsheim, Grünsfeld, Königshofen, Krautheim, Kilsheim, Lauda, Tauberbischofsheim, Waibstadt, Walldürn;
 6) von 70 Landgemeindebehörden 13
 Dürheim;
 Kirchzarten, Riegel;
 Altenheim, Beuern, Zhenheim, Riedolsheim, Marlen, Neusatz, Sinzheim;
 Gerach, Unterschüpf, Walldorf;
 7) von 64 Bezirksämtern 2
 8) von den Kreisregierungen keine.
 In einigen der hieher gehörigen Gutachten wird der Vorbehalt gemacht, daß zum Gewerbebetrieb in der Heimgemeinde das angeborene Bürgerrecht genügen solle.

B. Im Allgemeinen entschied sich die Mehrzahl dafür, daß der Gewerbsmann in irgend einer Gemeinde des Landes das Bürgerrecht angetreten oder erworben haben müsse; dieses aber alsdann genügen solle, um im ganzen Umfang des Staatsgebietes ein Gewerbe selbstständig betreiben zu dürfen.

Es sind dieses:

- 1) von 17 Handelskammern u. 7
 Freiburg, Lörrach;
 Bühl, Kehl, Pforzheim, Rastatt;
 Wertheim;
 2) von 20 Gewerbevereinen 10
 Meersburg, Ueberlingen, Billingen;
 Emmendingen Staufeu;
 Carlsruhe;
 Heidelberg, Sinsheim, Tauberbischofsheim, Wertheim;
 3) von 23 zünftigen Versammlungen 13
 Radolfzell, Billingen;
 Lörrach, Säckingen, Schopfheim, Staufeu;
 Achern, Bruchsal, Carlsruhe (Stadt), Rastatt;
 Sinsheim, Tauberbischofsheim, Wertheim;
 4) von 43 gemischten Versammlungen 28
 Bonndorf, Donaueschingen, Engen, Messkirch, Neustadt, Pfullendorf, Stockach;
 Freiburg (Land), Kenzingen, Müllheim, St. Blasien, Waldbach;
 Bühl, Durlach, Eppingen, Ettlingen, Gernsbach, Kork, Lahr, Offenburg, Pforzheim, Rheinbischofsheim, Wolfach;
 Eberbach, Mosbach, Neckarbischofsheim, Walldürn, Wiesloch;

- 5) von 99 Stadtgemeindebehörden 56
 Donaueschingen, Engen, Geislingen, Hünfingen, Markdorf, Meersburg, Metzingen, Möhringen, Neustadt,
 Pfullendorf, Stockach, Ueberlingen, Willingen;
 Emmendingen, Emdingen, Heitersheim, Jettetten, Kändern, Kenzingen, Lörach, Mühlheim, Säckingen,
 Schopfheim, Staufen, Thiengen, Waldkirch, Waldshut;
 Achern, Bühl, Karlsruhe, Durlach, Eppingen, Ettlingen, Gengenbach, Gernsbach, Heidelberg, Ruppenheim,
 Lichtenau, Offenburg, Pforzheim, Rastatt, Renchen, Steinbach;
 Freudenberg, Heidelberg, Ladenburg, Neckarbischofsheim, Neudenau, Osterburken, Philippsburg, Schönan,
 Schwegingen, Sinsheim, Weinheim, Wertheim, Wiesloch;
 6) von 70 Landgemeindebehörden 39
 Grafenhausen, Heiligenberg, Sigen, Stetten a. f. M.;
 Götzwil, Kirchhofen, Maulburg, Rothweil, St. Georgen, Wehr;
 Altschweier, Appenweiler, Brödingen, Bühlertal, Forbach, Gaggenau, Hoffstetten, Kappelrodeck, Langenbräu-
 den, Malsch, Mingolsheim, Mörsch, Neuweiler, Oberharmersbach, Odenheim, Ottersweier, Petersthal,
 Schwarzbach, Weitenung, Willstett, Wörsingen, Zeuthen;
 Handschuchsheim, Hardheim, Hockenheim, Kufloch, Rappennau, Seckenheim, Zuzenhausen;
 7) von 64 Aemtern 36
 8) von 4 Kreisregierungen 1

C. Eine nicht unbedeutende Zahl von Gutachten erklärte sich jedoch für den Grundsatz, daß das bloße Hei-
 mathrecht (angeborenes Bürger- oder Einsassenrecht) in irgend einer Gemeinde des Großherzogthums
 zum Gewerbebetrieb im ganzen Umfang des Staatsgebiets hinreichen sollte, wobei ausdrücklich
 oder stillschweigend vorausgesetzt wird, daß zur Eingehung einer Ehe, wie bisher, der Antritt oder Erwerb des Aktiv-
 bürgerrechts eine gesetzliche Bedingung bleibe.

In dieser Richtung haben sich ausgesprochen

- 1) von 17 Handelskammern u. 10
 Constanz;
 Breisach, Emmendingen;
 Karlsruhe, Ettlingen, Lahr;
 Eberbach, Heidelberg, Mannheim, Handelsverein Mannheim;
 2) von 20 Gewerbevereinen 10
 Constanz;
 Ettenheim, Freiburg, Furtwangen, Lörach, Schopfheim, Säckingen, Triberg;
 Buchen, Mannheim;
 3) von 23 zünftigen Versammlungen 3
 Emmendingen;
 Buchen, Schwegingen;
 4) von 43 gemischten Versammlungen 5
 Breisach, Schönan, Waldshut;
 Bretten;
 Philippsburg;
 5) von 99 Stadtgemeindebehörden 21
 Bräunlingen, Constanz, Adolfszell, Wöhrenbach;

Breisach, Ettenheim, Freiburg, Furtwangen, Hornberg, Kleinlaufenburg, Schöna, St. Blasien, Todtnau, Triberg, Zell;
Bretten, Lahr;
Eberbach, Mannheim, Mosbach, Neckargemünd;

6) von 70 Landgemeindebehörden 18

Oberlenzkirch, Reichenau, Steißlingen;
Heimbach, Schliengen, Steinen, Todtmoos;
Durbach, Griesheim, Hofweier, Lauf, Weingarten, Zunsweier;
Laudenbach, Mudau, Oberwittstadt, Schriesheim, Wiesenthal;

7) von 64 Aemtern 24

8) von 4 Kreisregierungen 3

D. Für ein Einspruchsrecht der Gemeinde gegen die gewerbliche Niederlassung eines Ortsfremden nach Analogie des §. 21 des Bürgerrechtsgesetzes, theilweise auch für das Recht der Gemeinde zur Aufenthaltskündigung in den derselben Bestimmung entsprechenden Fällen haben sich erklärt:

1) von 17 Handelskammern 10

2) von 20 Gewerbevereinen 17

3) von 23 zünftigen Versammlungen 13

4) von 43 gemischten Versammlungen 27

5) von 60 Stadtgemeindebehörden 55

Bräunlingen, Constan, Donaueschingen, Geislingen, Hüfingen, Markdorf, Messkirch, Neustadt, Pfullendorf, Stocach, Ueberlingen, Villingen, Böhrenbach;

Breisach, Emmendingen, Endingen, Ettenheim, Freiburg, Heitersheim, Jestetten, Randern, Renzingen, Kleinlaufenburg, Säckingen, Schöna, Schoppsheim, Staufen, St. Blasien, Thiengen, Todtnau, Triberg, Zell;

Albern, Bühl, Karlsruhe, Durlach, Ettlingen, Gernsbach, Heidelberg, Kuppenheim, Lahr, Lichtenau, Offenburg, Pforzheim, Rastatt, Steinbach;

Eberbach, Heidelberg, Mannheim, Mosbach, Neckargemünd, Philippsburg, Schöna, Sinsheim, Wertheim;

6) von 42 Landgemeindebehörden 29

Grafenhausen, Heiligenberg, Oberlenzkirch, Reichenau, Steißlingen;

Görwihl, Kirchhofen, Maulburg, Schliengen, Steinen, St. Georgen, Todtmoos, Wehr;

Altschweier, Brödingen, Durbach, Langenbrücken, Malsch, Mörsch, Odenheim, Petersthal, Schwarzach, Weitenau, Wörsingen;

Handschuchsheim, Laudanbach, Mudau, Oberwittstadt, Zuzenhausen.

7) von 64 Aemtern 43

8) von 4 Kreisregierungen 3

Drei städtische und 9 Landgemeindebehörden verlangen für die Gemeinde ein unbedingtes Einspruchsrecht gegen die Niederlassung eines Ortsfremden.

Einige Gutachten wollen den Gemeinden gegenüber den ortsfremden Gewerbetreibenden noch die weitere Befugnis einräumen, von denselben nach Ablauf eines gewissen Zeitraums (etwa 5 Jahren) zu verlangen, daß sie die bürgerliche Aufnahme in der Niederlassungsgemeinde erwirken.

E. Was endlich die den J u s a ß e n einzuräumenden Gewerbebefugnisse anbelangt, so verlangen außer denjenigen Gutachten, welche den Gewerbebetrieb überhaupt nur an die Voraussetzung eines Heimathsrechts geknüpft haben wol-

len, auch ein großer Theil derjenigen, welche als Regel das Aktivbürgerrecht für den Beginn des selbstständigen Gewerbebetriebs voraussetzen, die vollständige Gleichstellung derselben mit den Ortsbürgern hinsichtlich der Gewerbebefugnisse.

Im Anschluß an diesen Abschnitt haben mehrere Gutachten von Organen der Gewerbetreibenden und von Gemeindebehörden, welche aus solchen Orten stammen, in denen bisher die Israeliten keine Aufnahme gefunden haben, das Verlangen gestellt, daß diesen das Recht der Freizügigkeit, wenigstens bezüglich der genannten Orte, versagt werde.

V. Frage.

Unter welchen Voraussetzungen können **Frauenspersonen** zum selbstständigen Gewerbebetrieb zugelassen werden?

Eine bedeutende Stimmenzahl hat sich für vollständige Gleichstellung der Frauenspersonen — verheirathet, verwittwet oder ledig — mit den Männern rücksichtlich der Voraussetzungen wie der Befugnisse des selbstständigen Gewerbebetriebs ausgesprochen. Dabei ist jedoch selbstverständlich von dem bürgerrechtlichen Verhältniß der Frauenspersonen abgesehen worden.

Unter den nachstehend Genannten erscheinen auch diejenigen, welche, weil sie überhaupt eine Prüfung des Gewerbetreibenden verlangen, diese auch den Frauenspersonen nicht erlassen haben wollen.

Es sind

- | | |
|--|----|
| 1) von 17 Handelskammern u. | 8 |
| Freiburg; | |
| Carlsruhe, Ettlingen, Lahr, Rastatt; | |
| Eberbach, Mannheim nebst dem Handelsverein von Mannheim; | |
| 2) von 20 Gewerbevereinen | 10 |
| Constanz, Ueberlingen; | |
| Freiburg, Furtwangen, Lörrach, Schopfheim; | |
| Buchen, Heidelberg, Mannheim, Wertheim; | |
| 3) von 23 zünftigen Versammlungen | 7 |
| Emmendingen, Lörrach, Schopfheim; | |
| Buchen, Mannheim, Schwellingen, Wertheim; | |
| 4) von 43 gemischten Versammlungen | 11 |
| Donaueschingen; | |
| Breisach, Freiburg (Landamt), Müllheim; | |
| Lahr, Offenburg, Pforzheim; | |
| Eberbach, Mosbach, Philippsburg, Wiesloch; | |
| 5) von 94 Stadtgemeindebehörden | 18 |
| darunter Freiburg, Carlsruhe, Lahr, Offenburg, und Mannheim; | |
| 6) von 66 Landgemeinden | 13 |
| 7) von 64 Aemtern | 39 |
| 8) von 4 Kreisregierungen | 3 |

Von den übrigen will die überwiegende Mehrzahl nur eine beschränkte Zulassung der Frauenspersonen zum Gewerbebetrieb, jedoch mit großer Verschiedenheit in den im Einzelnen vorgeschlagenen Beschränkungen. Die Einen verlangen geradezu die Beibehaltung der bisherigen Beschränkungen; Andere und nicht Wenige wollen Frauenspersonen nur zu denjenigen Gewerben zulassen, deren Betrieb sich mit der allgemeinen Stellung des

weiblichen Geschlechts, den natürlichen Eigenschaften und der Bildungsweise desselben verträgt, und deren Kreis daher nach dem Vorschlag einiger Gutachten im Gesetz genau zu bestimmen wäre. Andere wollen, zugleich in der Absicht, nur unbescholtenen Frauenspersonen den Gewerbebetrieb zu gestatten, diesen jeweils von der Einholung einer Konzession abhängig machen, von welcher Vorschrift nur für die sog. weiblichen Arbeiten, die seither schon freigegeben waren, eine Ausnahme zugestanden werden will. Noch weiter gehen einige Gutachten, welche Frauen überhaupt nur den Betrieb von Gewerben der letztgenannten Art oder auch von solchen, welche ausschließlich oder größtentheils mit weiblichen Gehilfen betrieben werden können, gestatten wollen.

Rücksichtlich all' dieser Beschränkungen wurde jedoch stets der Vorbehalt gemacht, daß dieselben auf den Gewerbebetrieb der Wittwen, welche das Gewerbe ihrer Ehemänner fortsetzen, keine Anwendung finden, sondern bezüglich ihrer die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen beibehalten werden sollen.

Von einigen Gutachten dagegen wurde für Frauenspersonen eine, im Vergleich zu den Männern günstigere Stellung in gewerblicher Beziehung in der Art befürwortet, daß sie nicht erst mit dem 25. Lebensjahr, sondern schon früher, entweder mit dem 18., oder doch mit dem 21. Lebensjahr, zum selbstständigen Gewerbebetrieb überhaupt oder wenigstens zur Beschäftigung mit den sogenannten weiblichen Arbeiten (Anfertigung von Frauenkleidern und dergl.) zugelassen seien.

VI. Frage.

Welche Gewerbebefugnisse sind den Ausländern einzuräumen?

A. Was zunächst die den deutschen Bundesstaaten angehörigen Nichtbadener betrifft, so haben sich

- 1) für deren allgemeine Zulassung zum Gewerbebetrieb im Großherzogthum gleich dem Inländer nur ganz vereinzelte Stimmen (so namentlich der Gewerbeverein, Handelsverein und die Zunftversammlung zu Mannheim) ausgesprochen. Ebenso
- 2) nur verhältnißmäßig wenige, vornehmlich von Gemeindebehörden, für deren völlige Ausschließung vom Gewerbebetrieb im Inlande.
- 3) Dagegen hat sich eine nicht unbedeutende Anzahl von Gutachten für Beibehaltung der seit her geltenden Gesetzesbestimmungen und beziehungsweise für Zulassung der Angehörigen deutscher Bundesstaaten nur unter der Voraussetzung erklärt, daß ihnen dies durch einen Staatsvertrag zugestanden oder eine besondere Staats Erlaubniß im einzelnen Falle von ihnen erwirkt wird. Es sind dies

1) von 16 Handelskammern resp. Innungen	1
2) von 19 Gewerbevereinen	1
3) von 22 zünftigen Versammlungen	6
darunter jene der Städte Karlsruhe und Freiburg;	
4) von 43 gemischten Versammlungen	9
5) von 94 Stadtgemeindebehörden	11
6) von 63 der Landgemeinden	11
7) von 62 Aemtern	9
8) von 4 Kreisregierungen	2

Die Mehrzahl sämtlicher Gutachten hat sich

- 4) für den Grundsatz der Gegenseitigkeit in der Weise erklärt, daß Angehörige der deutschen Bundesstaaten gleich den Inländern zum Gewerbebetrieb im Großherzogthum berechtigt sein sollen, inso-

weit in jenen Staaten den Badenern die gleichen Rechte eingeräumt werden. Von diesen unter diesen, sowie einigen der oben schon erwähnten wurde zugleich die Anbahnung der Freizügigkeit durch ganz Deutschland aufs lebhafteste befürwortet. Für den Grundsatz der Gegenseitigkeit erklärten sich

1) von 16 Handelskammern resp. Innungen	14
(darunter Constanz, Freiburg, Karlsruhe, Lahr, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim)	
2) von 19 Gewerbevereinen	16
3) von 22 zünftigen Versammlungen	10
4) von 43 gemischten Versammlungen	28
5) von 94 Stadtgemeindebehörden	62
6) von 63 Landgemeindebehörden	36
7) von 62 Aemtern	51
8) von 4 Kreisregierungen	2

B. Bezüglich der Angehörigen nichtdeutscher Staaten haben sich für allgemeine Zulassung derselben zum Gewerbebetrieb im Inlande nur wieder der Gewerbe- und der Handelsverein zu Mannheim, und für ihre völlige Ausschliefung vom Gewerbebetrieb eine nur unbedeutende Zahl von Stimmen ausgesprochen.

Dagegen theilt sich die Mehrzahl der Stimmen ziemlich gleichmäßig hinsichtlich der Frage, ob die seitherige Gesetzgebung beizubehalten und beziehungsweise der Gewerbebetrieb von der Einholung einer besondern Staatserlaubnis abhängig zu machen sei, und derjenigen, ob die Zulassung der Ausländer lediglich nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit sich zu richten habe.

Es sind

für die erstere Ansicht (besondere Staatserlaubnis für jeden einzelnen Fall)		für die letztere Ansicht (Grundsatz der Gegenseitig- keit)
5	von 14 Handelskammern	7
7	von 17 Gewerbevereinen	7
9	von 17 zünftigen Versammlungen	5
11	von 33 gemischten Versammlungen	16
31	von 85 Stadtgemeindebehörden	33
19	von 55 Landgemeindebehörden	19
19	von 42 Aemtern	21
4	Kreisregierungen	—

VII. Frage.

In welchem Umfang soll die Gewerbebefugniß ausgeübt werden dürfen?

Die Mehrheit der Gutachten will völlige Unbeschränktheit in der Ausübung der Gewerbebefugniß in der Richtung, daß der Gewerbsmann sowohl mehrere Gewerbe gleichzeitig betreiben und zu diesem Zwecke Gehilfen aus verschiedenen Gewerben beschäftigen, als auch sein Gewerbe von mehreren Lokalitäten aus und gleichzeitig an mehreren Orten ausüben, sowie ungehindert von einem Gewerbe zum andern übergehen dürfe. Es sind dies

1) von 17 Handelskammern resp. Innungen	14
2) von 19 Gewerbevereinen	15
3) von 21 künftigen Versammlungen	8
4) von 43 gemischten Versammlungen	23
5) von 94 Stadtgemeindebehörden	51
(darunter Constanz, Freiburg, Karlsruhe, Lahr, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim)	
6) von 64 Landgemeindebehörden	37
7) von 64 Aemtern	50
8) von 4 Kreisregierungen	4

Unter den übrigen befindet sich eine nicht unbedeutende Zahl von Stimmen, welche die Gewerbebefugniß hinsichtlich ihres Umfangs nur insoweit einer Beschränkung unterworfen haben will, daß der von ihnen als Voraussetzung für den Gewerbebetrieb überhaupt festgehaltene Befähigungsnachweis durch Prüfung in den Fällen, wenn ein Gewerbsmann mehrere Gewerbe gleichzeitig betreiben oder von einem zu einem andern Gewerbe übergehen will, bezüglich jedes einzelnen Gewerbes verlangt werden, im Uebrigen aber die gleiche Unbeschränktheit in dem Gewerbebetrieb bestehen soll, wie sie von den vorgenannten Gutachten befürwortet worden ist.

Nur ein verhältnismäßig kleiner Rest will entweder Beibehaltung der bisherigen Beschränkungen im Ganzen, oder wenigstens einzelner derselben (Beschränkung auf eine Gemeinde, eine Lokalität, ein Gewerbe).

VIII. Frage.

Ist der Hausirhandel künftighin gänzlich zu verbieten oder nur zu beschränken?

In der Beantwortung dieser Frage theilen sich die Gutachten ziemlich gleichmäßig in zwei Hälften, von denen die eine den Hausirhandel gänzlich verboten, die andere aber mit größeren oder geringeren Beschränkungen zugelassen haben will. Es haben sich nämlich ausgesprochen

für gänzlich Verbot		für beschränkte Zulassung
9	von 17 Handelskammern u.	7
7	von 20 Gewerbevereinen	10
11	von 23 künftigen Versammlungen	12
22	von 42 gemischten Versammlungen	20
45	von 96 Stadtgemeindebehörden	47
31	von 66 Landgemeindebehörden	32
11	von 64 Aemtern	48
—	von den Regierungen	4

Die Vorschläge, welche hinsichtlich der Beschränkung des Hausirhandels im Einzelnen gemacht werden, sind sehr verschieden. Von der Mehrzahl wird eine strenge polizeiliche Beaufsichtigung als selbstverständlich vorausgesetzt, von Mehreren geradezu die Beibehaltung der bisher bestandenen Vorschriften befürwortet. Nach dem Vorschlage Einzelner soll er nur Inländern, nach Andern nur auf Grund besonderer Konzession gestattet werden, welche entweder nur an alte und arbeitsunfähige, oder nur an gutbeleumdete Personen zu ertheilen wäre. Bezüglich der zu verhausirenden Gegenstände wollen Einzelne seine Gestattung für inländische Erzeugnisse überhaupt, andere seine Beschränkung auf die Erzeugnisse solcher Gegenden des Landes, welche des Hausirhandels zum Abzug der Produkte ihres Gewerbsleibes, namentlich der häuslichen Industrie dringend bedürfen (so besonders Distrikte des

Schwarz- und Obenwaldes), oder auch auf solche Waaren, welche in einzelnen Gegenden oder Orten von den ansässigen Handels- und Gewerbsleuten nicht geführt werden. Von einer nicht unbedeutenden Zahl von Stimmen wird dessen Freigebung wenigstens für gewöhnliche Landesprodukte, insbesondere Lebensmittel befürwortet. Als ein wirksames Mittel, um den Hausirhandel in angemessenen Schranken zu halten, und zugleich als nicht unbillig gegenüber den durch den Hausirhandel beeinträchtigten ansässigen Gewerbetreibenden wird von mehreren Gutachten eine entsprechende Besteuerung des Hausirhandels beantragt.

Für eine unbeschränkte Freigebung desselben haben sich nur vereinzelte Stimmen ausgesprochen.

IX. Frage.

Welchen Beschränkungen sind die Gewerbe in Ansehung der Art ihrer Ausübung zu unterwerfen?

Von der Mehrzahl der Gutachten wird ausdrücklich anerkannt, daß die zu dieser Frage in der Darstellung des Handelsministeriums als selbstverständlich vorausgesetzten Beschränkungen beibehalten werden sollen, insbesondere daß die Gewerbetreibenden auch künftighin an die allgemeinen polizeilichen Vorschriften, sowie an die Vorschriften der Steuer- und Zollverwaltung gebunden bleiben. Zugleich wird aber von den Meisten nachdrücklich geltend gemacht, daß außer solchen, im öffentlichen Interesse durchaus nothwendigen Beschränkungen den Gewerben keine weiteren Auflagen bezüglich der Art ihres Betriebs gemacht werden sollen.

Von denjenigen Gutachten, welche speziell auf die Frage über Beibehaltung der bisher in Uebung gewesenen polizeilichen Taxen für den Verkauf nothwendiger Lebensmittel eingegangen sind, hat sich die große Mehrheit grundsätzlich für deren Aufhebung ausgesprochen, nämlich:

1) von 12 Handelskammern u.	12
2) von 16 Gewerbevereinen	16
3) von 16 zünftigen Versammlungen	16
4) von 36 gemischten Versammlungen	33
5) von 60 Stadtgemeindebehörden	52
6) von 26 Landgemeindebehörden	22
7) von 55 Aemtern	52
8) von 4 Kreisregierungen	3

Hierunter sind einzelne Gutachten mitbegriffen, welche eine Beschränkung des ausgesprochenen Grundsatzes auf größere Orte verlangen, andere, welche die ausdrückliche Voraussetzung beifügen, daß der Hausirhandel mit Lebensmitteln, insbesondere mit Brod gestattet werde.

Rücksichtlich der Ausübung eines Zwangs zur Fortführung dieser Gewerbe sind die Stimmen getheilt. Dagegen wurde mehrfach für die Regierung die Befugniß ausdrücklich in Anspruch genommen, bei außergewöhnlichen Ereignissen oder für einzelne Orte, nach deren Verlangen und nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse, die polizeiliche Taxirung in Anwendung zu bringen, und ferner da, wo die Taxen nicht bestehen, die Gewerbetreibenden anzuhalten, ihre Preise periodenweise festzubestimmen und durch öffentliche Angabe dem Publikum ersichtlich zu machen.

X. Frage.

Ist fortan noch ein allgemeines oder ein Interesse des Gewerbestandes vorhanden, die Vereinigung aller derer, die eine gewisse oder verwandte Arten von Gewerben treiben, zu Genossenschaften **von Staats wegen** anzuordnen und einen besonderen **staatlichen Einfluß** auf dieselben vorzubehalten?

Oder genügt es, die Zünfte lediglich in ihrem dermaligen korporativen Bestand unbeschadet des freien Austritts zu belassen, und überhaupt jede Art gewerblicher Vereinigung oder der Theilnahme daran dem eigenen freien Willen der Gewerbtreibenden anheim zu stellen?

A. Für Befragung des ersten Abzuges der Frage, also für Genossenschaftszwang, sind nur Wenige, nämlich:

- | | |
|--|--------|
| 1) von 18 Handelskammern u. | 1 |
| Freiburg; | |
| 2) von 20 Gewerbevereinen | 1 |
| Tauberbischofsheim; | |
| 3) von 23 zünftigen Versammlungen | 1 |
| Tauberbischofsheim; | |
| 4) von 43 gemischten Versammlungen | 12 |
| Neustadt; | |
| Bretten (mit 39 Stimmen gegen 21), Karlsruhe (Landamtsbezirk), Gernsbach (mit 11 gegen 9 St.), Kork (mit 17 gegen 12 St.), Oberkirch (mit 18 gegen 8 St.); | |
| Adelsheim, Gerlachsheim, Ladenburg (mit 17 gegen 10 St.), Neckargemünd, Wiesloch (mit 12 gegen 8 St.), Walldürn; | |
| 5) von 89 Stadtgemeindebehörden | 10 |
| Sulzburg; | |
| Adelsheim, Gerlachsheim, Grünsfeld, Königshofen, Kilsheim, Lauda, Tauberbischofsheim, Waibstadt, Walldürn; | |
| 6) von 61 Landgemeindebehörden | 10 |
| 7) von 64 Bezirksämtern | 4 |
| 8) Kreisregierungen | keine. |

B. Für freie Vereine mit gänzlicher Aufhebung der bisherigen Zünfte ebenfalls nur Wenige, nämlich:

- | | |
|---|---|
| 1) von 18 Handelskammern u. | 2 |
| Eberbach und der Handelsverein zu Mannheim; | |
| 2) von 20 Gewerbevereinen | 5 |
| Ettenheim, Lörrach, Säckingen; | |
| Buchen, Mannheim; | |
| 3) von 23 zünftigen Versammlungen | 1 |
| Bruchsal; | |

4) von 43 gemischten Versammlungen	3
Kenzingen, St. Blasien (mit 15 Stimmen gegen 5);	
Neckarbischofsheim (mit 18 St. gegen 5);	
5) von 89 Stadtgemeinden	5
Bräunlingen, Böhrenbach;	
Lahr;	
Ladenburg, Wiesloch;	
6) von 61 Landgemeindebehörden	4
7) von 64 Bezirksämtern	1
8) Kreisregierungen	keine.

C. Für Bejahung des ganzen zweiten Absatzes der Frage, also für Freiheit des gewerblichen Assoziationswesens, und damit auch für Belassung der bisherigen Zünfte als freie Genossenschaften mit Korporationsrechten, erklärten sich alle Andern, welche unter A und beziehungsweise B nicht aufgezählt sind, somit

1) von 18 Handelskammern u.	16
2) von 20 Gewerbevereinen	14
3) von 23 zünftigen Versammlungen	21
4) von 43 gemischten Versammlungen	30
5) von 89 Stadtgemeindebehörden	74
6) von 61 Landgemeindebehörden	47
7) von 64 Bezirksämtern	59
8) Kreisregierungen	4

XI. Frage.

Erscheint es für die Verhältnisse unseres Landes angemessen, den bereits bestehenden Handelskammern eine gesetzliche Organisation zu geben, auch Gewerberäthe und Gewerbegerichte einzuführen?

Welche Einrichtung und welcher Wirkungskreis wäre denselben zu verleihen?

Von den eingekommenen Gutachten lassen so viele eine eingehende Beantwortung dieser Frage vermissen, daß hier eine spezielle Aufzählung und Gegenüberstellung der Ansichten theils unthunlich, theils ohne Werth sein würde.

Es soll sich daher hier darauf beschränkt werden, nur einige der hauptsächlichsten Vertreter der zu obiger Frage geäußerten Meinungen zu benennen.

Für die Errichtung gewerblicher Organe, welche die Interessen des gesamten Gewerbestandes eines Bezirks zu vertreten hätten — gemeinschaftliche Organe für Handel, Fabrikation und Kleingewerbe — erklärten sich unter anderen der Mannheimer Handelsverein, welcher zugleich die ausführlichsten Vorschläge über die Einrichtung dieser Art von Behörden gemacht hat; die Gewerbevereine von Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg; die Versammlung zünftiger Gewerbetreibender in Mannheim; die Gemeinderäthe von Mannheim, Eberbach, Wertheim; mehrere Bezirksämter und die Regierungen des Ober- und des Unterheinkreises.

Für getrennte Organe — Handelskammern für den Handel, und Gewerberäthe für die übrigen Gewerbe eines Bezirks — fanden sich ziemlich viele Stimmen, darunter die Handelskammern von Freiburg, Vörrach, Karlsruhe,

Rehl, Lahr, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim; die Gewerbevereine von Constanz, Bilingen, Säckingen, Schopfheim, Triberg; die Versammlungen zünftiger Gewerbsleute zu Ettenheim, Bruchsal, Karlsruhe, Heidelberg; die gemischten Versammlungen zu Bonndorf, Donaueschingen, Breisach, Baden, Durlach, Offenburg, Ladenburg, Mosbach u. a.; die Mehrzahl der Gemeindebehörden und viele Bezirksämter.

Bezüglich der den Handelskammern und Gewerberäthen zuzutheilenden Aufgaben wurde in den meisten Gutachten auf Dasjenige verwiesen, was hierüber in der Erläuterung des großh. Handelsministeriums zur XI. Frage angegeben ist, und außerdem von einer beträchtlichen Anzahl Derjenigen, welche die Meisterprüfungen beibehalten wissen wollen, die Uebertragung dieser Prüfungen an die Gewerberäthe befürwortet.

Besondere Gewerbegerichte sind nur von ganz wenigen Stimmen in Vorschlag gebracht worden.

Darüber aber waren Alle einig, daß die fraglichen Gewerbebehörden aus der Wahl der Gewerbetreibenden hervorgehen, und eine möglichst selbstständige Stellung erhalten sollten.

10	1)	von 15 Gewerbetreibenden
11	2)	von 20 Gewerbetreibenden
12	3)	von 25 Gewerbetreibenden
13	4)	von 30 Gewerbetreibenden
14	5)	von 35 Gewerbetreibenden
15	6)	von 40 Gewerbetreibenden
16	7)	von 45 Gewerbetreibenden
17	8)	von 50 Gewerbetreibenden
18	9)	von 55 Gewerbetreibenden
19	10)	von 60 Gewerbetreibenden
20	11)	von 65 Gewerbetreibenden
21	12)	von 70 Gewerbetreibenden
22	13)	von 75 Gewerbetreibenden
23	14)	von 80 Gewerbetreibenden
24	15)	von 85 Gewerbetreibenden
25	16)	von 90 Gewerbetreibenden
26	17)	von 95 Gewerbetreibenden
27	18)	von 100 Gewerbetreibenden
28	19)	von 105 Gewerbetreibenden
29	20)	von 110 Gewerbetreibenden
30	21)	von 115 Gewerbetreibenden
31	22)	von 120 Gewerbetreibenden
32	23)	von 125 Gewerbetreibenden
33	24)	von 130 Gewerbetreibenden
34	25)	von 135 Gewerbetreibenden
35	26)	von 140 Gewerbetreibenden
36	27)	von 145 Gewerbetreibenden
37	28)	von 150 Gewerbetreibenden
38	29)	von 155 Gewerbetreibenden
39	30)	von 160 Gewerbetreibenden
40	31)	von 165 Gewerbetreibenden
41	32)	von 170 Gewerbetreibenden
42	33)	von 175 Gewerbetreibenden
43	34)	von 180 Gewerbetreibenden
44	35)	von 185 Gewerbetreibenden
45	36)	von 190 Gewerbetreibenden
46	37)	von 195 Gewerbetreibenden
47	38)	von 200 Gewerbetreibenden
48	39)	von 205 Gewerbetreibenden
49	40)	von 210 Gewerbetreibenden
50	41)	von 215 Gewerbetreibenden
51	42)	von 220 Gewerbetreibenden
52	43)	von 225 Gewerbetreibenden
53	44)	von 230 Gewerbetreibenden
54	45)	von 235 Gewerbetreibenden
55	46)	von 240 Gewerbetreibenden
56	47)	von 245 Gewerbetreibenden
57	48)	von 250 Gewerbetreibenden
58	49)	von 255 Gewerbetreibenden
59	50)	von 260 Gewerbetreibenden
60	51)	von 265 Gewerbetreibenden
61	52)	von 270 Gewerbetreibenden
62	53)	von 275 Gewerbetreibenden
63	54)	von 280 Gewerbetreibenden
64	55)	von 285 Gewerbetreibenden
65	56)	von 290 Gewerbetreibenden
66	57)	von 295 Gewerbetreibenden
67	58)	von 300 Gewerbetreibenden
68	59)	von 305 Gewerbetreibenden
69	60)	von 310 Gewerbetreibenden
70	61)	von 315 Gewerbetreibenden
71	62)	von 320 Gewerbetreibenden
72	63)	von 325 Gewerbetreibenden
73	64)	von 330 Gewerbetreibenden
74	65)	von 335 Gewerbetreibenden
75	66)	von 340 Gewerbetreibenden
76	67)	von 345 Gewerbetreibenden
77	68)	von 350 Gewerbetreibenden
78	69)	von 355 Gewerbetreibenden
79	70)	von 360 Gewerbetreibenden
80	71)	von 365 Gewerbetreibenden
81	72)	von 370 Gewerbetreibenden
82	73)	von 375 Gewerbetreibenden
83	74)	von 380 Gewerbetreibenden
84	75)	von 385 Gewerbetreibenden
85	76)	von 390 Gewerbetreibenden
86	77)	von 395 Gewerbetreibenden
87	78)	von 400 Gewerbetreibenden
88	79)	von 405 Gewerbetreibenden
89	80)	von 410 Gewerbetreibenden
90	81)	von 415 Gewerbetreibenden
91	82)	von 420 Gewerbetreibenden
92	83)	von 425 Gewerbetreibenden
93	84)	von 430 Gewerbetreibenden
94	85)	von 435 Gewerbetreibenden
95	86)	von 440 Gewerbetreibenden
96	87)	von 445 Gewerbetreibenden
97	88)	von 450 Gewerbetreibenden
98	89)	von 455 Gewerbetreibenden
99	90)	von 460 Gewerbetreibenden
100	91)	von 465 Gewerbetreibenden
101	92)	von 470 Gewerbetreibenden
102	93)	von 475 Gewerbetreibenden
103	94)	von 480 Gewerbetreibenden
104	95)	von 485 Gewerbetreibenden
105	96)	von 490 Gewerbetreibenden
106	97)	von 495 Gewerbetreibenden
107	98)	von 500 Gewerbetreibenden
108	99)	von 505 Gewerbetreibenden
109	100)	von 510 Gewerbetreibenden
110	101)	von 515 Gewerbetreibenden
111	102)	von 520 Gewerbetreibenden
112	103)	von 525 Gewerbetreibenden
113	104)	von 530 Gewerbetreibenden
114	105)	von 535 Gewerbetreibenden
115	106)	von 540 Gewerbetreibenden
116	107)	von 545 Gewerbetreibenden
117	108)	von 550 Gewerbetreibenden
118	109)	von 555 Gewerbetreibenden
119	110)	von 560 Gewerbetreibenden
120	111)	von 565 Gewerbetreibenden
121	112)	von 570 Gewerbetreibenden
122	113)	von 575 Gewerbetreibenden
123	114)	von 580 Gewerbetreibenden
124	115)	von 585 Gewerbetreibenden
125	116)	von 590 Gewerbetreibenden
126	117)	von 595 Gewerbetreibenden
127	118)	von 600 Gewerbetreibenden
128	119)	von 605 Gewerbetreibenden
129	120)	von 610 Gewerbetreibenden
130	121)	von 615 Gewerbetreibenden
131	122)	von 620 Gewerbetreibenden
132	123)	von 625 Gewerbetreibenden
133	124)	von 630 Gewerbetreibenden
134	125)	von 635 Gewerbetreibenden
135	126)	von 640 Gewerbetreibenden
136	127)	von 645 Gewerbetreibenden
137	128)	von 650 Gewerbetreibenden
138	129)	von 655 Gewerbetreibenden
139	130)	von 660 Gewerbetreibenden
140	131)	von 665 Gewerbetreibenden
141	132)	von 670 Gewerbetreibenden
142	133)	von 675 Gewerbetreibenden
143	134)	von 680 Gewerbetreibenden
144	135)	von 685 Gewerbetreibenden
145	136)	von 690 Gewerbetreibenden
146	137)	von 695 Gewerbetreibenden
147	138)	von 700 Gewerbetreibenden
148	139)	von 705 Gewerbetreibenden
149	140)	von 710 Gewerbetreibenden
150	141)	von 715 Gewerbetreibenden
151	142)	von 720 Gewerbetreibenden
152	143)	von 725 Gewerbetreibenden
153	144)	von 730 Gewerbetreibenden
154	145)	von 735 Gewerbetreibenden
155	146)	von 740 Gewerbetreibenden
156	147)	von 745 Gewerbetreibenden
157	148)	von 750 Gewerbetreibenden
158	149)	von 755 Gewerbetreibenden
159	150)	von 760 Gewerbetreibenden
160	151)	von 765 Gewerbetreibenden
161	152)	von 770 Gewerbetreibenden
162	153)	von 775 Gewerbetreibenden
163	154)	von 780 Gewerbetreibenden
164	155)	von 785 Gewerbetreibenden
165	156)	von 790 Gewerbetreibenden
166	157)	von 795 Gewerbetreibenden
167	158)	von 800 Gewerbetreibenden
168	159)	von 805 Gewerbetreibenden
169	160)	von 810 Gewerbetreibenden
170	161)	von 815 Gewerbetreibenden
171	162)	von 820 Gewerbetreibenden
172	163)	von 825 Gewerbetreibenden
173	164)	von 830 Gewerbetreibenden
174	165)	von 835 Gewerbetreibenden
175	166)	von 840 Gewerbetreibenden
176	167)	von 845 Gewerbetreibenden
177	168)	von 850 Gewerbetreibenden
178	169)	von 855 Gewerbetreibenden
179	170)	von 860 Gewerbetreibenden
180	171)	von 865 Gewerbetreibenden
181	172)	von 870 Gewerbetreibenden
182	173)	von 875 Gewerbetreibenden
183	174)	von 880 Gewerbetreibenden
184	175)	von 885 Gewerbetreibenden
185	176)	von 890 Gewerbetreibenden
186	177)	von 895 Gewerbetreibenden
187	178)	von 900 Gewerbetreibenden
188	179)	von 905 Gewerbetreibenden
189	180)	von 910 Gewerbetreibenden
190	181)	von 915 Gewerbetreibenden
191	182)	von 920 Gewerbetreibenden
192	183)	von 925 Gewerbetreibenden
193	184)	von 930 Gewerbetreibenden
194	185)	von 935 Gewerbetreibenden
195	186)	von 940 Gewerbetreibenden
196	187)	von 945 Gewerbetreibenden
197	188)	von 950 Gewerbetreibenden
198	189)	von 955 Gewerbetreibenden
199	190)	von 960 Gewerbetreibenden
200	191)	von 965 Gewerbetreibenden
201	192)	von 970 Gewerbetreibenden
202	193)	von 975 Gewerbetreibenden
203	194)	von 980 Gewerbetreibenden
204	195)	von 985 Gewerbetreibenden
205	196)	von 990 Gewerbetreibenden
206	197)	von 995 Gewerbetreibenden
207	198)	von 1000 Gewerbetreibenden
208	199)	von 1005 Gewerbetreibenden
209	200)	von 1010 Gewerbetreibenden
210	201)	von 1015 Gewerbetreibenden
211	202)	von 1020 Gewerbetreibenden
212	203)	von 1025 Gewerbetreibenden
213	204)	von 1030 Gewerbetreibenden
214	205)	von 1035 Gewerbetreibenden
215	206)	von 1040 Gewerbetreibenden
216	207)	von 1045 Gewerbetreibenden
217	208)	von 1050 Gewerbetreibenden
218	209)	von 1055 Gewerbetreibenden
219	210)	von 1060 Gewerbetreibenden
220	211)	von 1065 Gewerbetreibenden
221	212)	von 1070 Gewerbetreibenden
222	213)	von 1075 Gewerbetreibenden
223	214)	von 1080 Gewerbetreibenden
224	215)	von 1085 Gewerbetreibenden
225	216)	von 1090 Gewerbetreibenden
226	217)	von 1095 Gewerbetreibenden
227	218)	von 1100 Gewerbetreibenden
228	219)	von 1105 Gewerbetreibenden
229	220)	von 1110 Gewerbetreibenden
230	221)	von 1115 Gewerbetreibenden
231	222)	von 1120 Gewerbetreibenden
232	223)	von 1125 Gewerbetreibenden
233	224)	von 1130 Gewerbetreibenden
234	225)	von 1135 Gewerbetreibenden
235	226)	von 1140 Gewerbetreibenden
236	227)	von 1145 Gewerbetreibenden
237	228)	von 1150 Gewerbetreibenden
238	229)	von 1155 Gewerbetreibenden
239	230)	von 1160 Gewerbetreibenden
240	231)	von 1165 Gewerbetreibenden
241	232)	von 1170 Gewerbetreibenden
242	233)	von 1175 Gewerbetreibenden
243	234)	von 1180 Gewerbetreibenden
244	235)	von 1185 Gewerbetreibenden
245	236)	von 1190 Gewerbetreibenden
246	237)	von 1195 Gewerbetreibenden
247	238)	von 1200 Gewerbetreibenden
248	239)	von 1205 Gewerbetreibenden
249	240)	von 1210 Gewerbetreibenden
250	241)	von 1215 Gewerbetreibenden
251	242)	von 1220 Gewerbetreibenden
252	243)	von 1225 Gewerbetreibenden
253	244)	von 1230 Gewerbetreibenden
254	245)	von 1235 Gewerbetreibenden
255	246)	von 1240 Gewerbetreibenden
256	247)	von 1245 Gewerbetreibenden
257	248)	von 1250 Gewerbetreibenden
258	249)	von 1255 Gewerbetreibenden
259	250)	von 1260 Gewerbetreibenden
260	251)	von 1265 Gewerbetreibenden
261	252)	von 1270 Gewerbetreibenden
262	253)	von 1275 Gewerbetreibenden
263	254)	von 1280 Gewerbetreibenden
264	255)	von 1285 Gewerbetreibenden
265	256)	von 1290 Gewerbetreibenden
266	257)	von 1295 Gewerbetreibenden
267	258)	von 1300 Gewerbetreibenden
268	259)	von 1305 Gewerbetreibenden
269	260)	von 1310 Gewerbetreibenden
270	261)	von 1315 Gewerbetreibenden
271	262)	von 1320 Gewerbetreibenden
272	263)	von 1325 Gewerbetreibenden
273	264)	von 1330 Gewerbetreibenden
274	265)	von 1335 Gewerbetreibenden
275	266)	von 1340 Gewerbetreibenden
276	267)	von 1345 Gewerbetreibenden
277	268)	von 1350 Gewerbetreibenden
278	269)	von 1355 Gewerbetreibenden
279	270)	von 1360 Gewerbetreibenden
280	271)	von 1365 Gewerbetreibenden
281	272)	von 1370 Gewerbetreibenden
282	273)	von 1375 Gewerbetreibenden
283	274)	von 1380 Gewerbetreibenden
284	275)	von 1385 Gewerbetreibenden
285	276)	von 1390 Gewerbetreibenden
286	277)	von 1395 Gewerbetreibenden
287	278)	von 1400 Gewerbetreibenden
288	279)	von 1405 Gewerbetreibenden
289	280)	von 1410 Gewerbetreibenden
290	281)	von 1415 Gewerbetreibenden
291	282)	von 1420 Gewerbetreibenden
292	283)	von 1425 Gewerbetreibenden
293	284)	von 1430 Gewerbetreibenden
294	285)	von 1435 Gewerbetreibenden
295	286)	von 1440 Gewerbetreibenden
296	287)	von 1445 Gewerbetreibenden
297	288)	von 1450 Gewerbetreibenden
298	289)	von 1455 Gewerbetreibenden
299	290)	von 1460 Gewerbetreibenden
300	291)	von 1465 Gewerbetreibenden
301	292)	von 1470 Gewerbetreibenden
302	293)	von 1475 Gewerbetreibenden
303	294)	von 1480 Gewerbetreibenden
304	295)	von 1485 Gewerbetreibenden
305	296)	von 1490 Gewerbetreibenden
306	297)	von 1495 Gewerbetreibenden
307	298)	von 1500 Gewerbetreibenden
308	299)	von 1505 Gewerbetreibenden
309	300)	von 1510 Gewerbetreibenden
310	301)	von 1515 Gewerbetreibenden
311	302)	von 1520 Gewerbetreibenden
312	303)	von 1525 Gewerbetreibenden
313	304)	von 1530 Gewerbetreibenden
314	305)	von 1535 Gewerbetreibenden
315	306)	von 1540 Gewerbetreibenden
316	307)	von 1545 Gewerbetreibenden
317	308)	von 1550 Gewerbetreibenden
318	309)	von 1555 Gewerbetreibenden
319	310)	von 1560 Gewerbetreibenden
320	311)	von 1565 Gewerbetreibenden
321	312)	von 1570 Gewerbetreibenden
322	313)	von 1575 Gewerbetreibenden
323	314)	von 1580 Gewerbetreibenden
324	315)	von 1585 Gewerbetreibenden
325	316)	von 1590 Gewerbetreibenden
326	317)	von 1595 Gewerbetreibenden
327	318)	von 1600 Gewerbetreibenden
328	319)	von 1605 Gewerbetreibenden
329	320)	von 1610 Gewerbetreibenden
330	321)	von 1615 Gewerbetreibenden
331	322)	von 1620 Gewerbetreibenden
332	323)	von 1625 Gewerbetreibenden
333	324)	von 1630 Gewerbetreibenden
334	325)	von 1635 Gewerbetreibenden
335	326)	von 1640 Gewerbetreibenden
336	327)	von 1645 Gewerbetreibenden
337	328)	von 1650 Gewerbetreibenden
338	329)	von 1655 Gewerbetreibenden
339	330)	von 1660 Gewerbetreibenden
340	331)	von 1665 Gewerbetreibenden
341	332)	von 1670 Gewerbetreibenden
342	333)	von 1675 Gewerbetreibenden
343	334)	von 1680 Gewerbetreibenden
344	335)	von 1685 Gewerbetreibenden
345	336)	von 1690 Gewerbetreibenden
346	337)	von 1695 Gewerbetreibenden
347	338)	von 1700 Gewerbetreibenden
348	339)	von 1705 Gewerbetreibenden
349	340)	von 1710 Gewerbetreibenden
350	341)	von 1715 Gewerbetreibenden
351	342)	von 1720 Gewerbetreibenden
352	343)	von 1725 Gewerbetreibenden
353	344)	von 1730 Gewerbetreibenden
354	345)	von 1735 Gewerbetreibenden
355	346)	von 1740 Gewerbetreibenden
356	347)	von 1745 Gewerbetreibenden
357	348)	von 1750 Gewerbetreibenden
358	349)	von 1755 Gewerbetreibenden
359	350)	von 1760 Gewerbetreibenden
360	351)	von 1

Uebersicht

über

die Vermögensverhältnisse der Bünfte und die Anzahl der zünftigen, sowie der nichtzünftigen Gewerbetreibenden.

Bund	Zunft	Jahre	Vermögensverhältnisse		Anzahl der Gewerbetreibenden	
			1850	1855	1860	1865
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Ordnungsabl.	Amtsbezirk.	Seelen- zahl. 1858.	Ges- ammt- zahl der Gewerbe- treiben- den.	Zahl der			Vermögen der		Durchschnittliche Jahres-			
				nicht zünfti- gen Ge- werbe- treiben- den.	zünfti- gen Ge- werbe- treiben- den.	Zünfte.	Zünfte.		Einnahme.	Ausgabe.		
	I. Seckreis.						fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
1	Bonndorf	20,145	1,513	268	1,245	16	4,891	25	2,554	26	2,359	33
2	Constanz	14,482	714	275	439	6	5,487	55	938	25	828	13
3	Donauessingen	23,889	1,404	349	1,055	11	2,270	10	372	39	167	49
4	Engen	21,480	1,233	146	1,087	18	10,174	14	4,634	34	3,687	36
5	Meßkirch	14,538	966	151	815	11	3,889	54	997	34	824	21
6	Neustadt	13,020	976	494	482	8	10,073	14	743	—	283	50
7	Pfullendorf	8,507	986	103	883	11	7,201	50	538	55	331	9
8	Radolfzell	16,824	988	150	838	6	7,470	50	1,039	26	414	1
9	Stockach	19,378	1,387	70	1,317	9	8,656	20	884	55	934	43
10	Ueberlingen	25,403	1,403	365	1,038	17	7,046	45	614	3	366	43
11	Willingen	17,583	1,327	368	959	11	10,528	2	3,046	35	2,770	40
	Summa	195,249	12,897	2,739	10,158	124	77,690	39	16,364	32	12,968	38
	Hiernach kommen auf 1000 Seelen	—	66	14	52	—	—	—	—	—	—	—
	Auf eine Zunft kommt durchschnittlich ein Ver- mögen von	—	—	—	—	—	626	32	—	—	—	—
	II. Oberrheinkreis.											
1	Breisach	21,628	1,041	173	868	14	1,723	44	1,857	10	1,943	34
2	Emmendingen	24,734	1,662	407	1,255	16	33,031	22	14,007	40	13,281	36
3	Ettenheim	18,783	1,760	110	1,650	24	4,978	11	499	16	485	1
4	Freiburg (Stadt)	21,661	922	383	539	27	987	19	1,307	21	1,140	39
5	Freiburg (Land)	24,420	751	520	231	10	8,160	11	4,914	45	4,057	42
6	Kenzingen	20,700	1,908	351	1,557	28	1,860	18	806	32	611	5
7	Lörrach	30,648	1,764	370	1,394	29	41,634	42	1,837	—	947	—
8	Müllheim	21,845	1,447	278	1,169	23	18,431	15	2,558	36	1,905	14
9	Säckingen	18,632	1,441	593	848	10	3,652	23	2,717	1	2,171	27
10	St. Blasien	10,822	510	497	13	1	923	29	621	29	469	37
11	Schönan	13,377	1,099	550	549	24	3,785	12	2,290	56	1,528	11
12	Schopfheim	15,649	1,007	102	905	19	37,157	23	1,777	58	1,075	11
13	Staufen	19,294	984	181	803	30	850	—	329	20	323	12
14	Triberg	22,034	1,800	981	819	18	2,785	24	1,816	55	1,436	18
15	Waldkirch	19,673	1,152	243	909	22	1,586	22	1,286	29	859	5
16	Waldshut	32,565	1,072	237	835	46	2,325	14	727	39	451	21
	Summa	336,465	20,320	5,976	14,344	341	163,872	29	39,356	7	32,686	13
	Hiernach kommen auf 1000 Seelen	—	60	18	42	—	—	—	—	—	—	—
	Auf eine Zunft kommt durchschnittlich ein Ver- mögen von	—	—	—	—	—	480	34	—	—	—	—

Ordnungszahl.	Amtsbezirk.	Seelen- zahl 1858.	Ges- samt- zahl der Gewerbe- treiben- den.	Zahl der			Vermögen der		Durchschnittliche Jahres-			
				nicht zünfti- gen Ge- werbe- treiben- den.	zünfti- gen Ge- werbe- treiben- den.	Zünfte.	Zünfte.	Zünfte.	Einnahme.	Ausgabe.		
							fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
III. Mittelrheinkreis.												
1	Achern	20,501	1,166	279	887	29	1,721	44	516	9	619	44
2	Baden	17,262	949	373	576	17	428	13	2,057	49	2,044	23
3	Bretten	22,248	2,229	283	1,946	53	6,131	49	4,236	47	3,552	21
4	Bruchsal	34,887	1,797	399	1,398	44	2,405	34	4,619	23	4,025	49
5	Bühl	25,830	1,088	120	968	25	2,262	19	2,886	27	2,809	26
6	Carlsruhe (Stadt)	25,762	1,095	491	604	27	3,246	33	985	18	825	1
7	Carlsruhe (Land)	26,833	1,562	266	1,296	24	6,079	31	638	18	500	—
8	Durlach	26,462	1,631	362	1,269	43	5,109	12	526	17	570	35
9	Eppingen	16,507	1,252	269	983	24	4,220	37	469	29	470	31
10	Ettingen	17,972	1,122	232	890	18	2,046	8	1,713	14	1,215	49
11	Gengenbach	15,251	898	125	773	14	841	32	1,073	14	799	37
12	Gernsbach	13,699	823	183	640	11	602	8	307	59	228	20
13	Kork	23,184	1,529	246	1,283	21	7,753	24	4,314	2	2,836	16
14	Lahr	30,184	1,625	508	1,117	34	7,859	14	1,459	37	1,332	25
15	Oberkirch	17,099	765	159	606	23	781	58	266	56	269	19
16	Offenburg	29,633	1,629	149	1,480	26	26,259	1	1,881	58	1,400	37
17	Pforzheim	38,480	2,150	610	1,540	38	16,436	36	4,799	11	4,438	53
18	Rastatt	33,944	1,232	322	910	18	1,762	14	816	45	650	—
19	Wolfach	21,589	1,169	270	899	38	250	40	963	9	878	27
	Summa	457,327	25,711	5,646	20,065	527	96,198	27	34,532	2	29,467	33
	Auf 1000 Seelen kommen	—	56	12	44	—	—	—	—	—	—	—
	Auf eine Zunft kommt durch- schnittlich ein Vermögen von	—	—	—	—	—	182	32	—	—	—	—
IV. Unterrheinkreis.												
1	Abelsheim	13,521	1,018	313	705	11	836	56	1,341	32	1,198	39
2	Buchen	14,042	1,070	211	859	22	1,172	24	343	26	356	29
3	Eberbach	23,898	1,620	478	1,142	20	1,988	1	660	52	560	3
4	Gerlachsheim	11,834	619	78	541	23	791	22	1,385	9	1,181	54
5	Heidelberg	41,302	2,561	770	1,791	51	7,666	55	2,179	38	2,373	54
6	Krautheim	16,480	1,218	194	1,024	27	840	46	350	33	319	49
7	Ladenburg	18,034	841	221	620	16	850	16	391	51	395	55
8	Mannheim	26,915	1,396	800	596	31	1,520	7	1,403	2	1,289	41
9	Mosbach	28,259	1,974	252	1,722	29	3,908	55	5,171	50	4,599	18
10	Neckarbischofsheim	13,916	1,361	181	1,180	18	1,552	38	581	13	408	—
11	Philippsburg	16,629	735	74	661	10	2,530	33	301	42	233	6
12	Schwezingen	22,203	1,005	94	911	10	2,758	34	355	13	323	55
13	Sinsheim	21,008	1,555	160	1,395	19	2,141	50	611	24	514	14
14	Tauberbischofsheim	18,975	957	272	685	19	1,843	53	473	4	304	11
15	Walldürn	13,859	1,006	205	801	17	992	11	216	39	214	29
16	Weinheim	14,860	782	125	657	12	442	43	378	13	368	3
17	Wertheim	16,158	979	206	773	28	5,696	57	1,186	49	1,040	39
18	Wiesloch	15,018	662	104	558	14	787	54	317	22	242	42
	Summa	346,911	21,359	4,738	16,621	377	38,322	57	17,649	32	15,925	1
	Auf 1000 Seelen kommen	—	62	14	48	—	—	—	—	—	—	—
	Auf eine Zunft kommt durch- schnittlich ein Vermögen von	—	—	—	—	—	101	39	—	—	—	—

Ordnungszahl.	Kreis.	Seelen- zahl 1858.	Ges- sammt- zahl der Gewerbe- treiben- den.	Zahl der			Vermögen der		Durchschnittliche Jahres-			
				nicht künfti- gen Ge- werbe- treiben- den.	künfti- gen Ge- werbe- treiben- den.	Zünfte.	Zünfte.	Zünfte.	Einnahme.	Ausgabe.		
							fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
Zusammenstellung.												
I.	Seefreis	195,249	12,897	2,739	10,158	124	77,690	39	16,364	32	12,968	38
II.	Oberheinfreis . . .	336,465	20,320	5,976	14,344	341	163,872	29	39,356	7	32,686	13
III.	Mittelheinfreis . .	457,327	25,711	5,646	20,065	527	96,198	27	34,532	2	29,467	33
IV.	Unterrheinfreis . .	346,911	21,359	4,738	16,621	377	38,322	57	17,649	32	15,925	1
	Summa	1,335,952	80,287	19,099	61,188	1,369	376,084	32	107,902	13	91,047	25
	Auf Tausend Seelen .	—	60	14	46	—	—	—	—	—	—	—
	Auf eine Zunft kommt durch- schnittlich ein Vermögen von	—	—	—	—	—	274	43	—	—	—	—